



24.079

**Für eine engagierte Schweiz  
(Service-citoyen-Initiative).  
Volksinitiative****Pour une Suisse qui s'engage  
(initiative service citoyen).  
Initiative populaire***Erstrat – Premier Conseil*

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.25 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.06.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

*Antrag der Minderheit*

(Zryd, De Ventura, Fridez, Glättli, Molina, Seiler Graf)

Rückweisung der Vorlage an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags mit den folgenden Eckwerten auszuarbeiten:

Die gesetzlichen Grundlagen im Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) sind so anzupassen, dass die wöchentliche Höchstarbeitszeit verkürzt wird (38 Stunden für Arbeitnehmende in industriellen Betrieben sowie für Büropersonal, technische und andere Angestellte, mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben des Detailhandels; 45 Stunden für alle übrigen Arbeitnehmenden), wodurch die Arbeitswoche auf viereinhalb Arbeitstage reduziert werden kann, ohne dass eine Reduktion des bisherigen Lohnniveaus erfolgt. Mit dieser Massnahme sollen Arbeitnehmende mehr Zeit erhalten, um sich freiwillig in die Gesellschaft einzubringen.

*Proposition de la minorité*

(Zryd, De Ventura, Fridez, Glättli, Molina, Seiler Graf)

Renvoyer le projet à la commission

avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative. Les grandes lignes de cette initiative de commission sont présentées ci-après:

Il convient de modifier les bases légales dans la loi fédérale sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce (loi sur le travail, LTr) afin de raccourcir la durée maximum de la semaine de travail (38 heures pour les travailleuses et travailleurs occupés dans les entreprises industrielles ainsi que pour le personnel de bureau, le personnel technique et les autres employés, y compris le personnel de vente des grandes entreprises de commerce de détail; 45 heures pour tous les autres travailleuses et travailleurs) de manière à pouvoir

AB 2025 N 259 / BO 2025 N 259

réduire la semaine de travail à quatre jours et demi sans qu'il en résulte une diminution du niveau actuel des salaires. Cette mesure doit permettre aux travailleuses et aux travailleurs de disposer de plus de temps pour s'engager bénévolement au sein de la société.

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen eine allgemeine Aussprache über die Volksinitiative.

**De Ventura** Linda (S, SH), für die Kommission: Die Volksinitiative "für eine engagierte Schweiz" verlangt, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten muss. Dieser Dienst soll entweder als Militärdienst oder in Form eines anderen gleichwertigen und gesetzlich





anerkannten Milizdienstes geleistet werden. Der Soll-Bestand von Armee und Zivilschutz soll dabei garantiert werden. Gemäss Initiativtext kann der Gesetzgeber auch vorsehen, dass Personen ohne Schweizer Bürgerrecht einen solchen Dienst leisten müssen.

Die Sicherheitspolitische Kommission führte umfassende Anhörungen durch. Wir hörten den Präsidenten der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF), die Präsidentin der Vereinigung von Frauen in der Armee und im Sicherheitsbereich, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, den Präsidenten des Zivilschutzverbandes, den Präsidenten des Zivildienstverbandes sowie SAJV, den Dachverband von rund 60 Jugendorganisationen, an. Dabei zeigte sich, dass fast alle der eingeladenen Verbände die Initiative ablehnen. In den Anhörungen wurde ausgeführt, dass die Umsetzung einen grossen Abstimmungs- und Koordinationsaufwand mit den Zivilschutzorganisationen auf Stufe der Kantone mit sich bringen würde. Von mehreren Verbänden wurde erwähnt, dass sie grundsätzlich die Einführung eines Dienstes zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt ablehnten. Und es wurde bezweifelt, dass die Implementierung einer erweiterten Dienstpflicht zu mehr gesellschaftlichem Engagement oder gar Gleichstellung führen werde, da Zwang ein schlechtes Werkzeug sei, um soziales Engagement zu stärken.

Eine kleine Minderheit der Angehörten unterstützt die Initiative. Für sie ist die Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Dienstpflicht ein notwendiger Schritt, um die Schweizer Armee zu modernisieren, die Sicherheit des Landes zu stärken und die Gesellschaft als Ganzes voranzubringen.

Zudem hörten wir zur Frage, ob die Initiative gegen das Zwangsarbeitsverbot verstösst, einen Staatsrechtsprofessor an. Er erläuterte uns, dass eine Gesamtbetrachtung erst anhand der gesetzlichen Ausgestaltung des Dienstpflichtsystems vorgenommen werden könne, sich die Initiative aus seiner Sicht aber so umsetzen liesse, dass sie mit dem Verbot der Zwangsarbeit vereinbar wäre.

Im Anschluss an die Anhörung führte unsere Kommission die Beratung der Volksinitiative "für eine engagierte Schweiz" durch. Sie empfiehlt Ihnen mit 21 zu 3 Stimmen, die Initiative dem Volk ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Damit schliesst sich die Kommission der Empfehlung des Bundesrates an.

Im Wesentlichen sprechen aus Sicht der Mehrheit der Kommission fünf Gründe gegen die Service-citoyen-Initiative:

1. Die Initiative fordert im Kern eine Dienstpflicht für Frauen. Die Mehrheit der Kommission erachtet es jedoch nicht als gerechtfertigt, die Dienstpflicht auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nur so weit zu einem Dienst verpflichtet werden, als dies einem Bedarf nach Sicherheitsleistungen entspricht. Die Volksinitiative geht aber massiv darüber hinaus. Bei Annahme der Initiative würden jedes Jahr rund 70 000 Dienstpflichtige rekrutiert werden.

2. Bei Annahme der Initiative würden im Vergleich zu heute doppelt so viele Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt entzogen, was die Wirtschaft übermässig belasten würde. Die Kommission erachtet es als wenig sinnvoll, eine derart hohe Zahl an Arbeitskräften für Aufgaben zu verpflichten, für die sie weniger qualifiziert sind als in ihrer angestammten beruflichen Tätigkeit, und dies, obwohl es dafür keinen sicherheitsrelevanten Bedarf gibt.

3. Es besteht das Risiko, dass die Umsetzung dieser Initiative in einigen Bereichen zu Lohndumping führen könnte, und es besteht die Gefahr, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte verdrängt werden würden. Das hält auch der Bundesrat in der Botschaft fest.

4. Für einen Teil der Kommission bedeutet die Forderung nach einer Dienstpflicht für Frauen, ohne zuerst die Gleichstellung in anderen Bereichen sicherzustellen, einen gleichstellungspolitischen Rückschritt.

5. Zum Schluss soll für einen grossen Teil der Kommission auch weiterhin die Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes und nicht die Erfüllung von Aufgaben für die Allgemeinheit oder die Umwelt im Zentrum der Dienstpflicht stehen.

Eine Minderheit spricht sich für die Annahme der Initiative bzw. für die Rückweisung der Vorlage an die Kommission aus, um einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten zu lassen. Sie begrüsst, dass mit der Initiative die Grundsatzdiskussion über die Einführung einer Dienstpflicht für Frauen angestossen wird, und erachtet es als wichtigen Schritt zur tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Dass der Sicherheitsbegriff durch die Initiative breiter gefasst und der Schutz der Umwelt stärker in den Fokus gerückt werden würde, ist aus ihrer Sicht angesichts der multidimensionalen Bedrohungen richtig.

Nun komme ich noch kurz auf die beiden Gegenvorschläge zu sprechen, die in der Kommission beraten wurden. Der Antrag, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen, der wesentliche Teile einer bedarfsorientierten Dienstpflicht des sogenannten norwegischen Modells enthält, wurde mit 22 zu 2 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf einen indirekten Gegenvorschlag, der die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf maximal 38 bzw. 45 Stunden senken will, um mehr Raum für ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement zu schaffen, wurde mit 16 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen verworfen.



Ich fasse also zusammen: Die Initiative "für eine engagierte Schweiz" fordert im Kern die Dienstpflicht für Frauen, und das mit einem Modell, das dazu führt, dass viel mehr Schweizerinnen und Schweizer dienstpflichtig wären, als überhaupt Bedarf besteht. Dadurch würde die Wirtschaft unnötig belastet, Arbeitskräfte würden ineffizient eingesetzt. Zu Recht weist der Bundesrat in seiner Botschaft zudem auf die Risiken des Lohndumpings und auf die Gefahr der Verdrängung von gering qualifizierten Arbeitskräften hin.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, dem Bundesrat und unserer Kommission zu folgen, die Service-citoyen-Initiative ohne Gegenentwurf dem Stimmvolk zu unterbreiten und sie zur Ablehnung zu empfehlen.

**Addor** Jean-Luc (V, VS), pour la commission: J'indique d'abord mes liens d'intérêt: j'ai fait un peu plus de 1000 jours de service militaire, mais pas, comme le croit M. Nause, qui me fait beaucoup d'honneur, comme colonel; j'ai fini plus modestement, mais fièrement, comme capitaine.

Qu'est-il demandé par cette initiative? En quelques mots, que l'on sache de quoi l'on parle: il y est demandé l'instauration, pour toute personne de nationalité suisse, y compris les femmes, d'un service au bénéfice de la collectivité et de l'environnement. Cela peut être un service militaire, mais aussi un autre service de milice équivalent reconnu par la loi. Un mécanisme serait mis en place afin de garantir que les services d'intervention, comme les qualifient les initiants, en particulier l'armée et la protection civile soient garantis en cas de crise. Il y a même une possibilité, qui devrait être réglée par la loi, d'élargir l'obligation d'accomplir un tel service aux étrangers.

En résumé, qu'est-il sorti des travaux de la commission, qui a procédé à différentes auditions? D'abord que cette initiative est valable sur le plan formel. Comme vous l'avez compris, la majorité de la commission propose, comme le Conseil fédéral, de recommander le rejet de cette initiative sans contre-projet direct ou indirect, pour préférer régler les problèmes qui se posent dans la révision de la loi fédérale sur le service civil et dans la loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile. La majorité de la commission pense

AB 2025 N 260 / BO 2025 N 260

qu'il est important de garantir l'alimentation en effectifs de l'armée et de la protection civile, également par une révision du modèle de l'obligation de servir, sachant d'ailleurs que, à ce propos, le Conseil fédéral a encore reporté sa décision.

Je vous donne un peu plus de détails sur ce qui est ressorti des débats de la commission: je commencerai par la proposition de contre-projet indirect, qui fait l'objet, dans le document que vous avez sous les yeux, de la minorité Zryd. Il s'agirait de raccourcir la durée maximum de la semaine de travail, de manière à pouvoir réduire cette dernière à quatre jours et demi, sans qu'il en résulte une diminution du niveau actuel des salaires, de manière à ménager plus de temps pour s'engager bénévolement au sein de la société. Comme le Conseil fédéral, la majorité de la commission a considéré que cette proposition avait un lien discutable, pour ne pas dire inexistant, avec l'objet de cette initiative. Cette dernière a mené un débat assez bref sur le fond. Il s'agirait – vous l'avez compris – de réglementer la durée du travail. Cette proposition a été rejetée par 16 voix contre 6 et 2 abstentions. La commission a également débattu d'une proposition de contre-projet indirect, qui, cette fois, aurait repris les principaux éléments d'une obligation de servir dite axée sur les besoins, plus ou moins inspirée du modèle norvégien. Cette proposition a été largement rejetée par 22 voix contre 2 et aucune abstention.

J'en viens maintenant au contenu de cette initiative: pour la minorité, il est important d'élargir la notion de sécurité également à la protection de l'environnement, ainsi que d'entamer une discussion de fond au sujet de la mise en place d'une obligation de servir élargie aux femmes. La commission a mené un débat de société assez intéressant sur la place des femmes et sur l'opportunité que, de l'avis de certains, cette initiative donnerait de concrétiser, dans ce domaine également, le principe de l'égalité entre hommes et femmes.

La commission a parlé, en particulier, de toute la part du travail domestique des femmes, en général, qui n'est pas rémunérée. Mais, alors même que les femmes font toute une part de travail qui est déjà non rémunérée, croit-on vraiment que beaucoup d'entre elles, dans ce pays, aspirent au service que propose cette initiative? La majorité de la commission n'est pas de cet avis.

Il est question – vous l'aurez compris – d'élargir l'obligation de servir non seulement aux femmes, mais également, si la loi le prévoyait, aux étrangers.

La commission s'est inquiétée des conséquences des effectifs théoriques pléthoriques que provoquerait la mise en place d'un tel élargissement de l'obligation de servir, tel qu'il est proposé. Le risque d'impact de ce type de service sur la société civile serait encore plus massif qu'aujourd'hui, puisque la société civile se verrait retirer un nombre encore plus grand de personnes que ce n'est le cas lors du service militaire ou lors d'autres formes de service, pour les affecter à des tâches pour lesquelles ces personnes sont, finalement, moins bien qualifiées que celles qui, avec les mécanismes de l'économie privée, assument normalement ces tâches,



sans parler de la concurrence entre ce service et l'économie privée. Une vraie distorsion de concurrence serait créée. D'ailleurs, les organisations économiques que nous avons entendues ne s'y sont pas trompées. La commission a également abordé la question de savoir si ce service ne violerait pas l'interdiction du travail forcé notamment prévue dans la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH). Sur la base de rapports juridiques, on est plutôt arrivé à la conclusion que non, mais c'est une question importante et fondamentale, qui a été assez longuement débattue.

Il y a aussi la question de savoir si, avec un tel service, on ferait vraiment un progrès de civilisation. Si l'on revient quelque peu en arrière dans l'histoire, les guerres, auparavant, étaient faites par une petite poignée d'hommes, en général, qui se battaient sur quelques plaines, etc. Avec la Révolution française, on a eu l'apparition de la levée en masse, de la conscription obligatoire, et l'on peut se demander si c'est un grand progrès pour la civilisation. Mais, dans ce cas, tout le monde se verrait astreint au service. Fait-on un grand progrès avec ce type de proposition?

Une partie de la majorité de la commission voit aussi, dans l'instauration du service ainsi proposé, une forme de menace contre le service civil tel qu'il est aujourd'hui, comme service de remplacement au service militaire, pour des personnes en proie à un conflit de conscience. La majorité de la commission a également relevé l'absence, dans le texte de cette initiative et dans les missions que l'on entend donner à l'armée – on parle vaguement de l'armée bien sûr –, de la notion de sécurité, qui est largement absente du texte de cette initiative pour faire place à une notion assez vague de service à la collectivité et de service pour la protection de l'environnement.

La majorité de la commission s'inquiète principalement de garantir les effectifs de l'armée et de la protection civile. Elle considère que ce service n'y contribuerait pas, qu'il créerait, au contraire, une forme d'inégalité de traitement entre le service militaire et cette espèce de service citoyen. Elle pense aussi qu'en ces temps quand même troublés, il est plus important de garantir en particulier les effectifs de notre armée plutôt que de créer un service qui la concurrencera, qui diluera ses effectifs et compliquera encore le recrutement d'un nombre suffisant de militaires, ce qui constitue un risque pour notre armée précisément au moment où, dans toute l'Europe, partout autour de nous, on fait massivement remonter en puissance les outils de défense, et bien sûr les armées, et non pas d'autres formes de service.

Ce qui est proposé est donc apparu à une partie, en tout cas, de la majorité de la commission comme un peu désuet et inadapté à la menace actuelle.

Tout comme le Conseil fédéral, à une majorité de 21 voix contre 3 et aucune abstention, la commission vous propose donc de recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative sans contre-projet.

**Zryd Andrea (S, BE):** Einen Dienst zum Wohlbefinden der Gesellschaft zu leisten, ist auch uns wichtig, und es ist auch richtig, aber nicht in der verpflichtenden Form, wie es die Initiative einfordert.

Die Freiwilligenarbeit ist in der Schweiz traditionell gut verankert; aber immer häufiger werden Gründe angegeben, um eben nicht freiwillig in den Dienst eines Vereins einzutreten, sich bei der Care-Arbeit oder auch in niederschweligen politischen Ämtern zu engagieren, weil die Arbeitsbelastung zu hoch ist. Wir sind überzeugt, dass eine mässige Reduktion der Arbeitslast bei vollem Lohn wieder mehr Menschen zur freiwilligen Arbeit bewegt. So fordern wir, das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, das Arbeitsgesetz, unter Artikel 9 anzupassen. So soll die wöchentliche Höchst Arbeitszeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in industriellen Betrieben sowie für Büropersonal, technische und andere Angestellte mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben und des Detailhandels von 45 auf 38 Stunden gesenkt werden. Für alle anderen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen soll die Höchst Arbeitszeit von 50 auf 45 Stunden gesenkt werden. Neu wäre die wöchentliche Arbeitszeit so zu gestalten, dass sie eine ausgewogene Balance zwischen Erwerbstätigkeit, Erholung und gesellschaftlicher Teilhabe gewährleistet. Sie darf in der Regel auf maximal viereinhalb Arbeitstage verteilt werden, ohne dass eine Reduktion des bisherigen Lohnniveaus erfolgt. Auch neu ist, dass der Bundesrat Ausnahmen und besondere Bestimmungen regelt, insbesondere für Branchen mit Schicht- oder Nachtarbeit sowie für Betriebe mit spezifischen betrieblichen Anforderungen.

Dieser indirekte Gegenvorschlag trägt den Zielen der Service-citoyen-Initiative durchaus Rechnung, indem er eine verkürzte Arbeitswoche von maximal 38 bzw. 45 Stunden einfordert, die auf viereinhalb Arbeitstage verteilt würden. Diese Massnahme schafft mehr Raum für gesellschaftliches Engagement sowie persönliche Entwicklung und Erholung, ohne das Lohnniveau zu senken. Damit wird der soziale Zusammenhalt gefördert und den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft Rechnung getragen. Im Unterschied zur Initiative, die einen verpflichtenden Bürgerdienst vorsieht, setzt der Gegenvorschlag auf Freiwilligkeit und Flexibilität. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten mehr Zeit, um sich



AB 2025 N 261 / BO 2025 N 261

freiwillig in die Gesellschaft einzubringen. Durch die gezielte Anpassung des Arbeitsgesetzes bleibt die Balance zwischen Arbeitswelt und Freizeit gewährt, ohne persönliche Freiheiten einzuschränken oder die Wirtschaft unverhältnismässig zu schwächen.

**Heimgartner** Stefanie (V, AG): Geschätzte Kollegin Zryd, Sie haben ausgeführt, die wöchentliche Höchst Arbeitszeit soll bei vollem Lohn reduziert werden. Können Sie mir sagen, wie Sie dies bezahlen wollen, und denken Sie nicht, dass der Fachkräftemangel dann noch grösser würde?

**Zryd** Andrea (S, BE): Liebe Kollegin, danke für diese Frage, die ja zu erwarten war. Es konnten jetzt auch in anderen Staaten Erfahrungen gesammelt werden. Aber auch in der Schweiz gibt es bereits etliche Unternehmen, aber auch Städte, welche die Arbeitszeit reduziert haben und keine Einbussen haben. Die Arbeit wird eben effizienter. Genau das ist das Spannende an diesem Modell. Eine moderne Gesellschaft arbeitet heute auch anders.

**Büchel** Roland Rino (V, SG): Frau Zryd, jetzt verstehe ich Sie aber nicht mehr. Da wollen Sie mit Ihrer Minderheit mittels einer Kommissionsinitiative einerseits mehr Stunden vorsehen und mehr Leute einsetzen, da soll die Effizienz kein Problem sein. Andererseits soll die Effizienz im Privaten jedoch ein Problem sein. Hier verstehe ich Sie irgendwie nicht ganz.

**Zryd** Andrea (S, BE): Herr Büchel, ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Ich will ja nicht, dass sie mehr arbeiten; ich will, dass sie weniger arbeiten – an maximal viereinhalb Tagen.

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Herr Büchel, es ist eine Frage zugelassen.

**Hässig** Patrick (GL, ZH): Bei der Frage des Service citoyen, eines Bürgerdienstes, geht es um die Sicherheit der Schweiz. Keiner der letzten Tage verging ohne Schlagzeilen zur schweizerischen und/oder europäischen Sicherheitsarchitektur. Wir sprechen von fehlender Verteidigungsfähigkeit; wir debattieren über Aufrüstung, Waffen, Milliarden und wie viel denn wann nötig und richtig sei. Wir sollten aber auch über uns sprechen, über die Bevölkerung, über die, welche Armeedienst leisten, Zivilschutzeinsätze tätigen oder im Zivildienst wichtige Unterstützung für die Menschen in unserem Land vollbringen. Keiner ist mehr oder weniger wert als der andere. Wir brauchen sie alle, und wir hören viel bzw. haben gerade heute Morgen in der Debatte von vorhin viel von Alimentierungsproblemen gehört, insbesondere und vor allem in der Armee.

Was tun, wenn der Militärdienst weniger attraktiv ist als der Zivildienst? Option 1: Zivildienst schwächen; Option 2: Militärdienst stärken. Der Bundesrat wählt Option 1, das ist mehr als fragwürdig. Der Bundesrat will die Schwächung des Zivildienstes; das kommt für uns nicht infrage. Wir brauchen keine Schwächung eines sehr gut funktionierenden Systems. Wir sind für eine neue Option, die Option 3, den Bürgerdienst für alle. Die Service-citoyen-Initiative geht genau in diese Richtung. Ein Bürgerdienst, wie ihn die Initiative vorsieht, würde sicherstellen, dass Dienste, die wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft übernehmen, insbesondere im Sicherheitsbereich, keine Sorgen mehr wegen Personalproblemen haben müssten. Dadurch würde die Schweiz resistenter gegen alle Arten von Krisen, insbesondere weil die Krisen heutzutage zumindest auch eine zivile Komponente haben.

Wir begrüssen insbesondere, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit leisten soll. Dieser Dienst würde als Militärdienst oder in Form eines anderen, gleichwertigen und gesetzlich anerkannten Milizdienstes geleistet werden. Was gerade in der heutigen Welt- und Sicherheitslage ganz wichtig ist: Der Soll-Bestand der Kriseninterventionsdienste ist garantiert. Dies betrifft insbesondere die Armee und den Zivilschutz. So steht es im Initiativtext.

Die GLP unterstützt daher den Weg der Service-citoyen-Initiative. Wir sollten uns alle für eine sichere Schweiz einsetzen, eine Schweiz, in der wir füreinander schauen.

Ich möchte mich im Namen der GLP-Fraktion noch zur Minderheit Zryd äussern. Unsere Fraktion wird diesen Minderheitsantrag einstimmig ablehnen. Warum? Weil es aus unserer Sicht schon weit hergeholt ist, zu hoffen, dass die Menschen sich dann mehr in der Gesellschaft engagieren, wenn sie etwa eine Stunde weniger pro Tag arbeiten. Wenn, dann müsste man die Arbeitszeit viel deutlicher reduzieren. Das zeigen zum Beispiel Studien aus Schweden. Es gibt aber auch Länder, in welchen sich zeigt, dass das Engagement dann sogar abnimmt. Es gibt also empirische Daten, die das eine versprechen, aber auch das andere trifft ein. Grundsätzlich hat der Dienst für die Allgemeinheit nichts mit der Wochenarbeitszeit zu tun.

Die GLP-Fraktion setzte sich in der Sicherheitspolitischen Kommission aktiv für einen Gegenvorschlag zur



Service-citoyen-Initiative ein – vergebens. So wird nun das Volk entscheiden müssen. Wir hätten in der Kommission einen gutschweizerischen Kompromiss sehr begrüsst, denn der Grundgedanke der Initiative ist in der Bevölkerung sehr populär. In Umfragen sprechen sich regelmässig fast drei Viertel der Menschen für einen Gemeinschaftsdienst aus. Die Grundidee findet bei einer Mehrheit aller Parteien und ihren Sympathisantinnen, Sympathisanten, Wählerinnen und Wählern Zustimmung. Wir hätten zumindest versuchen sollen, der Initiative einen realistischen Gegenvorschlag entgegenzusetzen, der das Hauptanliegen des Initiativkomitees aufnimmt. Nun haben wir das nicht geschafft. Das ist schade.

Der Bundesrat möchte einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen einführen. Dafür muss die Verfassung geändert werden, dafür braucht es demnach eine weitere Volksabstimmung. Im Jahr 2025 muss mehr drinliegen als nur ein obligatorischer Orientierungstag für Frauen. Die Service-citoyen-Initiative bietet nun die Möglichkeit, dass eben nicht nur Schweizer Männer für die Sicherheit der Allgemeinheit, für unser Land und für die Menschen in unserem Land offiziell Dienst leisten, sondern auch die Frauen und ausländische Staatsbürger, welche ebenfalls von der militärischen Sicherheit, dem Zivilschutz und dem Zivildienst in unserem Land profitieren. Die Initiative bringt alle auf dieselbe Augenhöhe. Die Service-citoyen-Initiative macht alle vor dem Gesetz gleich, denn das ist heute nicht der Fall.

Besten Dank für die Unterstützung und für Ihre Aufmerksamkeit.

**Fivaz Fabien (G, NE):** Le groupe des Verts salue ce débat sur l'obligation de servir. L'initiative part en effet d'un bon sentiment. L'idée d'un service citoyen, l'idée que les citoyennes et citoyens suisses donnent une partie de leur temps pour soutenir la collectivité ou l'environnement est positive. Mais ne le font-ils pas déjà, même très largement? En Suisse, 1,2 million de personnes participent déjà à des activités bénévoles en donnant en moyenne 4 heures par semaine de leur temps pour soutenir le sport, la culture, l'environnement, la jeunesse, la politique ou des personnes atteintes dans leur santé ou traversant des difficultés sociales.

Cela montre que les Suisses s'engagent déjà énormément et qu'ils n'ont peut-être pas besoin d'une obligation pour le faire. C'est en particulier le cas des femmes. Une étude de l'Université de Berne montre que les Suisses travaillent 16 milliards d'heures par année et que plus de la moitié de ces heures, notamment celles consacrées au travail de "care" ne sont pas payées. On parle ici de 2,8 milliards d'heures par année, les deux tiers effectuées par des femmes, dont quatre cinquièmes ne sont pas rémunérées. Peut-être devrions-nous reconnaître cet énorme travail, mieux le soutenir, et surtout enfin le prendre en compte dans nos systèmes de prévoyance avant d'introduire un service citoyen et une obligation de servir pour les femmes.

L'initiative présente d'autres problèmes. Le premier est qu'elle hiérarchise les formes de services. Son alinéa 3 stipule clairement que ce sont d'abord les effectifs pour la sécurité, l'armée et la protection civile qui doivent être assurés. C'est d'ailleurs un peu une contre-vérité de la part des

AB 2025 N 262 / BO 2025 N 262

initiants, lorsqu'ils disent que l'initiative garantit le libre choix. En réalité, nous allons d'abord remplir les effectifs militaires et ensuite affecter celles et ceux qui ont été recalés à d'autres tâches.

Le deuxième point problématique, c'est la suppression du service civil, qui est aujourd'hui garanti par l'article 59 alinéa 1 de la Constitution fédérale. Rappelons ici que c'est une obligation internationale de la Cour européenne des droits de l'homme d'offrir un service de remplacement pour tous ceux qui, pour des raisons de conscience, ne peuvent pas effectuer un service militaire. Sans libre choix, sans service de remplacement pour ceux qui ne sont pas affectés à l'armée, cette disposition n'est plus garantie. La question du travail forcé n'est, à notre avis, pas encore réglée. La Convention européenne des droits de l'homme prévoit que seuls le service militaire ou son service de remplacement – en l'occurrence, en Suisse, le service civil – ou les services sanitaires ou d'urgence bénéficient d'une exception à la notion de travail forcé. Dans ce contexte, si l'initiative est acceptée, nous devons, dans sa mise en oeuvre, limiter très fortement les tâches qui pourront être effectuées dans le cadre du service citoyen, et limiter par là même très fortement son sens et son attractivité.

Pour conclure, nous, les Verts, soutenons l'engagement volontaire et diversifié des citoyennes et citoyens dans la société. L'initiative populaire "Pour une Suisse qui s'engage (initiative service citoyen)" telle qu'elle est proposée présente des risques et des inconvénients majeurs. Nous devons valoriser et encourager les contributions volontaires plutôt que les imposer.

**Glättli Balthasar (G, ZH):** Die Frage, was eine Gesellschaft zusammenhält, ist eine spannende, eine wichtige Frage. Diese Initiative gibt uns die Gelegenheit, darüber zu sprechen, dass in einer Gesellschaft nicht nur Arbeit geleistet wird, die entlohnt ist, sondern ebenso wichtige Arbeit geleistet wird, die nicht entlohnt wird. Das führt auch dazu, dass wir über unsere Rollen sprechen müssen, dass wir nicht nur "Bourgeois", sondern



auch "Citoyens" sind. Darum heisst die Initiative ja "Service-citoyen-Initiative".

Wir hatten schon früh, lange vor der Parlamentsdebatte, eine Diskussion bei uns in der Grünen Fraktion. Was mich an der Vertretung der Initianten und Initiantinnen, die versuchten, uns die Initiative näherzubringen, begeisterte, war, mit welcher Überzeugung sie vom Wert der freiwilligen Arbeit sprachen. Aber die gleiche Begeisterung hat mir auch das stärkste Argument gegen diese Initiative gegeben, denn Freiwilligkeit ist Freiwilligkeit, und Freiwilligkeit lässt sich nicht verordnen. Gemeinsinn kann man den Leuten nicht gesetzlich einpflanzen oder auferlegen. Genau das ist es aber, was eigentlich die Vision ist. Vielleicht ist es im positiven Sinne der Glaube, okay, wir können gemeinsam mehr machen. Aber es ist dann eben auch eine sehr negative Grundhaltung drin, die davon ausgeht, es passiere nichts, wenn man es nicht staatlich verordnet.

Das Gegenteil ist der Fall. Mein Vorredner, Fabien Fivaz, hat es gesagt, er hat aufgezählt, wie viele Millionen und Abermillionen von Stunden Menschen, Männer und Frauen, heute freiwillig in die Gesellschaft investieren, sei es bei Sport, Kultur, Umwelt, sei es – in vielen Fällen als Politikerinnen und Politiker auch quasi fast oder ganz für Gotteslohn – in den Parteien, NGO, Komitees oder sei es bei der Unterstützung von Verwandten oder Bekannten, Nachbarinnen mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen. Ja, in der Care-Arbeit, darüber wird man heute sicher noch länger sprechen, wird ein grosser Teil der Stunden unbezahlt geleistet: Von den 2,8 Milliarden Stunden werden zwei Drittel von den Frauen erbracht, davon vier Fünftel unbezahlt.

Vielleicht sollten wir uns, bevor wir Freiwilligkeit verordnen, überlegen, wie wir diejenigen, die sich eben schon freiwillig in die Gemeinschaft einbringen, besser unterstützen, wie wir das vielleicht stärker ermöglichen können. Das ist der indirekte Gegenvorschlag, der sagt, dass Zeit für nicht bezahlte Arbeit freizuräumen ist, und davon ausgeht, dass wir so diese Arbeit auch fairer zwischen Männern und Frauen aufteilen können. Es ist nicht so, dass Männer übers Ganze gesehen weniger Freiwilligenarbeit leisten. Es ist aber natürlich schon so, dass es in anderen Rollen ist und verbunden mit einer auch gesellschaftlich anderen Anerkennung. Bei der klassischen Rollenteilung ist es dann sehr oft die Frau, die das macht, was sie "natürlich" macht, nämlich zu anderen Menschen, seien es Kinder oder Eltern, zu schauen.

Ich muss Ihnen schon sagen, bei aller Faszination für die Debatte und die Fragestellungen, die aufgeworfen wurden: Für mich ist das eritreische Modell des Zwangsnationaldienstes am Ende sicher keine Option, zu der wir Grünen Ja sagen können. Wir glauben vielmehr, dass wir in dieser Gesellschaft so liberal sein müssten, dass wir an Freiwilligenarbeit glauben, weil sie eben aus innerem Antrieb, aus Verantwortungsbewusstsein und nicht als gesetzliche Pflicht geleistet wird.

Es gibt noch ein paar andere Probleme. Die ganze Freiwilligkeit ist am Schluss eben doch hierarchisiert, auch in der Initiative. Man kann sagen, es ist faktisch eine Initiative, die primär dafür sorgt, dass alle Bedürfnisse der Armee gedeckt sind. Diese Hierarchisierung ist nicht unbedingt diejenige, die wir machen würden, wenn es denn ein Ja zur Initiative gäbe. Die Initiative leistet aus meiner Sicht auch keinen Beitrag, um dann eben die freiwillige Freiwilligenarbeit zu stärken. Wenn ich mir eine Gesellschaft vorstelle, in welcher der Gemeinsinn aufoktroiert ist, dann kann ich mir schwer vorstellen, dass es danach mehr und nicht weniger Leute gibt, die in wirklicher Freiwilligkeit zu unserem Gemeinwesen beitragen.

Sagen Sie Nein zu dieser zwar spannenden, aber irreführenden und falschen Initiative, und geben Sie ein Zeichen für echte Freiwilligenarbeit. Es wird nicht durchkommen. Ich sage sonst immer, wir sollten hier nicht Zeichen setzen, sondern Entscheide fällen. Ich glaube aber leider, der Entscheid für mehr Arbeitsbefreiung wird heute nicht stattfinden – sollte er stattfinden, würde es uns freuen –, aber zeigen Sie wenigstens, dass Freiwilligkeit eben Freiwilligkeit bedeuten sollte.

In diesem Sinne: Sagen Sie Nein zur Initiative und Ja zum indirekten Gegenvorschlag.

**Candinas** Martin (M-E, GR): Ich nehme es vorweg: Namens der Mitte-Partei bitte ich Sie, die vorliegende Initiative abzulehnen.

Die Initiative mit dem schönen Namen "Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)" ist sicher gut gemeint. Bekanntlich ist aber nicht alles, was gut gemeint ist, auch effektiv gut. Auch die Mitte-Partei setzt sich für eine engagierte Schweiz ein. Das Engagement für die Allgemeinheit und die Umwelt, gerade auch im freiwilligen und ehrenamtlichen Bereich, ist eminent wichtig. Wir alle sind gefordert, in diesem Bereich aktiv zu sein, aber nicht so, wie es die Initiative will.

Wieso? Die Initiative verlangt eine allgemeine Dienstpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz. Dies würde bedeuten, dass nicht wie bisher nur Männer zum Militärdienst verpflichtet werden, sondern auch Frauen. Warum lehnt die Mitte-Partei die Service-citoyen-Initiative ab? Die Mitte-Fraktion ist klar der Meinung, dass das bestehende und bewährte Milizsystem gestärkt werden muss. Nur so können wir den Alimentierungsproblemen der Armee begegnen. Die Service-citoyen-Initiative stellt dieses System infrage. Sie stellt Militärdienst, Zivilschutz und zivile Dienste auf die gleiche Stufe. Das ist für die Sicherheit unseres Landes brandgefährlich.



Die Mitte-Fraktion will, dass auch in Zukunft jeder Schweizer verpflichtet bleibt, Militärdienst zu leisten. Mit der allgemeinen Wehrpflicht wird eine besondere Aufgabe erfüllt: die Verteidigung der Schweiz im Ernstfall. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger einen allgemeinen Dienst leisten können, wird die militärische Landesverteidigung geschwächt, denn die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Dienstmöglichkeiten widerspricht dem Vorrang der Landesverteidigung. Bereits heute hat die Armee grosse Herausforderungen mit der Alimentierung. Künftig würden de facto nur die Dienstpflichtigen Armeedienst leisten, die darauf Lust haben. Gerade in der heutigen herausfordernden Zeit mit enormen Unsicherheiten weltweit können wir nicht nach dem Lustprinzip funktionieren und handeln. Die Armee braucht die fähigsten Personen und darf nicht geschwächt werden. Es geht schliesslich um die Sicherheit der Schweiz.

**AB 2025 N 263 / BO 2025 N 263**

Auch wenn die Initiative einen Soll-Bestand für die Armee und den Zivilschutz garantiert, wissen wir alle, dass dies in der Umsetzung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wie soll der Dienst frei gewählt werden und gleichzeitig ein Soll-Bestand garantiert werden können? Wer darf dann wirklich wählen und wer nicht? Wir müssen aufpassen, nicht in Richtung "Fühlsch mi, gspürsch mi"-Mentalität zu gehen und gleichzeitig doch Bestände garantieren zu wollen. Das ist ein Widerspruch in sich; die Quadratur des Kreises ist einfach nicht möglich. Die Initiative schafft schlicht falsche Erwartungen.

Und noch etwas zur Rolle der Frauen: Ein häufiges Argument der Befürworter der Initiative ist, dass deren Annahme zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen würde. Doch Gleichberechtigung bedeutet nicht, dass alle genau das Gleiche tun müssen, sondern dass alle dieselben Chancen haben. Gerade für Frauen, die mit jeder Geburt gesetzlich verpflichtet werden, vom Arbeitsplatz fernzubleiben, wäre eine verpflichtende Dienstzeit eine zusätzliche Belastung. Dazu kommt, dass Frauen durchschnittlich viel mehr Familienarbeit und freiwillige Arbeit für die Gesellschaft leisten. Statt Frauen zu einer Dienstpflicht zu zwingen, sollte vielmehr der Zugang zur Armee für Frauen weiter verbessert werden.

Weiter wäre die Umsetzung der Initiative enorm bürokratisch und teuer. Es müssten neue Verwaltungsstellen geschaffen, Dienstplätze organisiert und eine zentrale Planung eingeführt werden. Dies würde hohe Kosten verursachen, die durch Steuergelder finanziert werden müssten.

Ich fasse zusammen: Die Mitte-Fraktion lehnt die Initiative ab. Sie setzt sich vehement dafür ein, dass die Alimentierung der Armee in genügendem Masse auch in Zukunft sichergestellt wird. Das muss für uns absolute Priorität haben.

**Chappuis Isabelle (M-E, VD):** Si le groupe du Centre comprend bien l'idée et la bonne volonté qui sont à l'origine de l'initiative, il estime que le projet passe malheureusement à côté de son objectif et risque d'être contre-productif. Le groupe du Centre est donc opposé à cette initiative. Dans un contexte de tensions géopolitiques croissantes, de risques sécuritaires, militaires et environnementaux accrus, pouvons-nous vraiment nous permettre d'affaiblir notre système de défense? La réponse du Centre est claire: non. L'initiative prétend garantir les effectifs de l'armée et de la protection civile, mais comment?

L'initiative est formulée de manière trop ouverte et vague. Elle laisse de nombreuses questions d'application sans réponse. En offrant le libre choix entre les différents services, elle diluerait sans aucun doute les ressources disponibles pour les services liés à la sécurité. Un service citoyen obligatoire n'est pas synonyme de renforcement de notre sécurité – cette sécurité que nous devons impérativement renforcer rapidement –, mais plutôt de sa dilution.

Un autre argument contre l'initiative est qu'elle transformerait l'engagement citoyen, pourtant souhaité par les initiants, en obligation, qu'elle viderait le bénévolat de sa substance et qu'elle affaiblirait ainsi le tissu associatif suisse. Il faut savoir que 46 pour cent des jeunes suisses s'engagent déjà bénévolement et contribuent à plus de 664 millions d'heures de bénévolat par an. Ce qui fait la force de cet engagement, c'est précisément sa nature volontaire et motivée.

Pour les femmes, cette initiative pose un problème supplémentaire. Elles accomplissent déjà pour 248 milliards de francs de travail non rémunéré chaque année en Suisse. Les femmes seraient ainsi doublement pénalisées en cas d'acceptation de cette initiative, et le Centre ne peut et ne veut pas soutenir un tel recul. Ajouter une obligation de servir pour tous et toutes ne ferait qu'aggraver les inégalités existantes.

Le Centre refuse cette initiative aussi parce que son coût serait énorme, avec 15 millions de jours de service par an et des indemnités pour perte de gains estimées à 1,6 milliards de francs, sans compter les coûts administratifs et logistiques. De plus, l'impact sur l'économie, avec l'engagement de toute la population, y compris les femmes, serait énorme et négatif. Notre économie perdrait des millions d'heures de travail productif, ce qui affecterait la compétitivité des entreprises suisses et notre prospérité économique globale. Dans un contexte





économique déjà tendu, pouvons-nous vraiment nous permettre de retirer autant de main-d'oeuvre du marché du travail?

Ce que vise cette initiative populaire, c'est plus d'engagement et de solidarité, ce que le Centre souhaite également. Cependant, la solidarité ne se décrète pas par la contrainte. Elle s'épanouit dans la liberté de choix et l'engagement volontaire. En conclusion, cette initiative, bien que les initiants soient animés de bonnes intentions, affaiblirait notre sécurité nationale, dévaluerait l'engagement volontaire, pénaliserait particulièrement les femmes et imposerait des coûts exorbitants à notre société.

Pour toutes ces raisons, le Centre s'oppose à cette initiative populaire et vous invite à faire de même.

**Hurter** Thomas (V, SH): Ich möchte Ihnen hier die Position der SVP-Fraktion erläutern. Wir bitten Sie, diese Initiative und auch die Rückweisung abzulehnen, auf Letzteres werde ich noch eingehen. Vielleicht ganz grundsätzlich zur Initiative: Die Initiative will eigentlich etwas Gutes, nämlich dass jeder in unserem Land einen Dienst leistet. Das ist ein Dienst für unsere Gemeinschaft und insofern eigentlich richtig. Aber es kann nicht sein, dass dieser Dienst quasi staatlich verordnet wird. Es geht um eine Idee, die gelebt und in den Köpfen der Menschen stattfinden muss. Das beginnt zuhause in der Familie, geht weiter in der Ausbildung, im Beruf, in der Schule usw. Es kann nicht sein, dass ein solcher Dienst staatlich verordnet wird. Deshalb ist diese Initiative nicht der richtige Weg.

Was will die SVP-Fraktion? Wir wollen primär die Bestände der Armee sichern. Wir haben aktuell eine unsichere Lage in Europa. Wir haben eine Armee, die alimentiert werden muss, nicht nur mit Material, sondern auch mit Personen. Es ist alarmierend, zu sehen, dass wir in etwa zwei Jahren einen Unterbestand im Soll-Bestand haben werden. Und warum ist das so? Weil wir in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren pro Jahr etwa 6000 Armeeangehörige respektive diensttaugliche junge Männer an den Zivildienst verloren haben. Der Zivildienst ist für Leute mit einem Gewissenskonflikt. Vor der Abschaffung der Gewissensprüfung waren es knapp 1000 Personen pro Jahr. Seit der Abschaffung sind es durchschnittlich etwa 5500, Tendenz steigend, letztes Jahr waren es 6500. Das heisst, wir verlieren pro Jahr etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Leute an den Zivildienst. Faktisch erfüllen wir den Verfassungsauftrag so nicht mehr, sondern es besteht faktisch eine Wahlfreiheit zwischen Armee und Zivildienst. Das kann nicht sein. Der Zivildienst ist ein Dienst für Leute mit einem Gewissenskonflikt und nicht für jene, die einfach keine Lust mehr haben, Dienst zu leisten, oder weniger Dienst leisten wollen. Deshalb müssen wir unbedingt die Revision des Zivildienstgesetzes angehen. Das ist der richtige Weg. Die Initiative führt nicht auf den richtigen Weg. Deshalb befürworten wir es, möglichst schnell die Revision des Zivildienstgesetzes anzugehen.

Die Schwachpunkte der Initiative wurden teilweise schon genannt:

1. Es beginnt dort, dass der Sicherheitsbezug fehlt. Diese Initiative will vor allem im Umweltbereich und zugunsten der Allgemeinheit etwas unternehmen. Der Bezug zur Sicherheit fehlt.
2. Die Initiative ist eigentlich unfair. Erstens bezieht sie die Frauen ein. Die Frauen leisten heute schon einen grossen Beitrag in unserer Gesellschaft. Zweitens stellt sich die Frage, wie die Alimentierung der Armee stattfinden soll. Sollen jene, die Lust haben, Armeedienst leisten, oder leisten die Ersten, die kommen, Armeedienst und die Zweiten dann vielleicht Zivilschutz, und können alle anderen frei entscheiden, was sie tun? Das ist doch eine völlige Ungleichbehandlung und unfair, und insofern ist es eben nicht korrekt. Es ist auch eine Frage der Anrechnung. Wird ein Dienst in der Armee gleich angerechnet wie ein Dienst in einer Schule? Insofern gibt es sehr viele Ungerechtigkeiten.
3. Wenn diese Initiative angenommen würde, müssten wir in Zukunft etwa 70 000 Leute neu rekrutieren. Das heisst, wir würden etwa doppelt so viele dem Arbeitsmarkt entziehen. Das bedeutet auf der einen Seite zusätzliche Kosten, auf der anderen Seite müssen diese Leute auch beschäftigt werden.

AB 2025 N 264 / BO 2025 N 264

Wir müssen neue Aufgaben suchen, die sich dann vielleicht im Bereich der KMU oder der Gemeinden finden, was dort Konkurrenz schafft. Das führt zu einer absoluten Ungerechtigkeit und wird sehr teuer. Es gibt Hochrechnungen, die besagen, die volkswirtschaftlichen Kosten lägen bei knapp 3 Milliarden Franken. Dann kommen noch die Erwerbersatzkosten von noch einmal 1,6 Milliarden Franken dazu. Wir sprechen also von etwa 5 Milliarden Franken.

4. Bei den Anhörungen fragten wir die Initianten, was dann eigentlich angerechnet werden könne. Auch wurde die Frage gestellt, wie es zum Beispiel mit Dienst bei der Feuerwehr aussehe. Darauf sagten die Initianten, dass das wohl eher weniger angerechnet werden könne. Hier sehen Sie genau das Problem dieser Initiative: Was soll dann eigentlich angerechnet werden? Das ist niemandem klar, es tönt einfach gut.

5. Es ist eine Initiative, die über die persönliche Freiheit entscheidet, und das dürfen wir hier nicht zulassen.





Nun, wie soll es weitergehen? Der Bundesrat will ja jetzt die sogenannte Sicherheitsdienstpflicht angehen, die Zusammenfügung von Zivilschutz und Zivildienst. Ich glaube, das können wir unterstützen. Aber diese Sicherheitsdienstpflicht sichert die Bestände der Armee nicht. Das müssen wir jetzt angehen, und diese Bestandessicherung können wir nur mit einer Zivildienstgesetzrevision angehen. Leider wurde diese vor ein paar Jahren hier im Saal von der Mitte-Fraktion abgelehnt, im letzten Moment, weil man damals Angst davor hatte, auch die Beschaffung der F-35 zu diskutieren. Daher lehnte man sie hier drin ab, und wir verloren dadurch wiederum zwei, drei Jahre. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass der Bundesrat endlich diese Revision angeht, und deshalb müssen wir auch die Initiative und deren Rückweisung an die Kommission ablehnen.

Ich komme noch ganz kurz zur Rückweisung: Beantragt wird eine Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, die 45-Stunden-Woche auf 38 Stunden zu kürzen. Das ist eine unglaubliche Forderung, denn wir beklagen uns immer wieder über die Konkurrenzfähigkeit. Ich wohne im Grenzkanton Schaffhausen. Wir haben hier drin die Mehrwertsteuer-Wertfreigrenze fürs Einkauf ennet der Grenze von 300 Franken auf 150 Franken angepasst, weil wir sagten, dass wir die Leute quasi zwingen müssten, in der Schweiz einzukaufen, und es nicht sein könne, dass sie ennet der Grenze einkaufen würden. Warum ist das aber so? Dafür gibt es zwei Gründe: Im Nachbarland ist es eben günstiger, weil sie andere Gesetzgebungen haben, das ist der eine. Der zweite Grund sind die Löhne. Und jetzt kommen Sie mit Ihrem Antrag und wollen bei der Arbeitszeit auf 38 Stunden hinuntergehen. Sie verteuern also den Arbeitsmarkt komplett. Damit sind wir nicht konkurrenzfähig, das ist einfach der falsche Weg.

Als Zusammenhang mit der Initiative geben Sie an, dass die Leute dann mehr Freizeit für Miliztätigkeit hätten. Ja, die haben sie zwar, aber sie können ja nicht vorschreiben, welcher Miliztätigkeit die Leute nachgehen oder was sie mit ihrer Freizeit machen sollen; das können sie nicht machen. Deshalb ist der Grund für den Antrag auf Rückweisung auf der einen Seite völlig artfremd, das gehört gar nicht in diese Diskussion, und auf der anderen Seite absolut utopisch.

Ich komme zum Fazit und zum Schluss: Lehnen Sie die Initiative ab, lehnen Sie den Antrag auf Rückweisung ab, und helfen Sie, dem Bundesrat, ich sage jetzt einmal, etwas Feuer unter dem Dach zu machen, sodass er diese Zivildienstgesetzrevision endlich angeht und umsetzt.

**Hässig** Patrick (GL, ZH): Wie andere Länder in Europa will auch die Schweiz angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr in ihre Sicherheit investieren. Nur, Geld allein macht uns nicht sicherer. Die Schweiz braucht auch eine Strategie, die sich auf die verschiedenen Gefahren fokussiert, und sie braucht Personal, das diese Strategie umsetzt.

Die Armee warnt seit Jahren vor einem Mangel an Rekruten. Bisher hatten Bundesrat und Parlamentsmehrheit eigentlich nur eine Idee, wie man dieses Problem lösen kann: mehr Männer aus dem Zivildienst abziehen. Aber dieses Vorgehen ist sehr kurzfristig. Deshalb brauchen wir dringend ein Update des Dienstpflichtsystems der Schweiz. Aus meiner Sicht und auch aus Sicht meiner Fraktion bringt die Service-citoyen-Initiative diese notwendige Modernisierung. Ein solcher Bürgerdienst würde die Schweiz gegen alle Arten von Krisen resilienter machen, sei es militärisch oder eben zivil. Das bedeutet natürlich, dass auch Frauen dienstpflichtig wären. Ich verstehe, dass einige das als unfair empfinden. Schliesslich leisten Frauen in unserer Gesellschaft überdurchschnittlich viel unbezahlte Arbeit. Ich bin jedoch überzeugt, dass sich solche Ungleichheiten in der Gesellschaft nur eliminieren lassen, wenn auch alle gesetzlichen Ungleichheiten abgebaut werden. Die Service-citoyen-Initiative wäre ein solcher Schritt, aber bei Weitem nicht der einzige, für den sich die GLP einsetzt. Die GLP hat beispielsweise vor Kurzem die Familienzeit-Initiative lanciert, die sowohl für Mütter als auch für Väter einen paritätischen Elternurlaub vorsieht. Damit werden Väter Aufgaben in der Kinderbetreuung übernehmen und mehr Mütter nach der Geburt wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen – wenn sie das möchten. Lassen Sie uns gemeinsam all diese Ungleichheiten beseitigen.

Übrigens könnte sich diese politische Frage schon bald erübrigen. Aktuell ist nämlich eine Klage gegen die Schweiz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hängig. Der EGMR wird noch in diesem Halbjahr entscheiden, ob die Schweiz das Diskriminierungsverbot verletzt, weil nur Männer Militärdienst leisten und Wehrpflichtersatzabgabe zahlen müssen. Unsere Verfassung sieht vor: Männer und Frauen sind vor dem Gesetz grundsätzlich gleich. Ausnahmen sind nur möglich, wenn zwingende biologische Gründe dies verlangen. Das Bundesgericht hat aber bereits 2017 anerkannt, dass Frauen biologisch und funktional für den Militärdienst gleich geeignet sind wie Männer. Wenn der EGMR dem Kläger recht gibt, dann müsste die Schweiz hier handeln. Die Service-citoyen-Initiative wäre ideal geeignet, um das Urteil umzusetzen. Auch aus diesem Grund unterstützen wir die Initiative.

Diese hat übrigens noch weit mehr Vorzüge als nur die Lösung der Personalprobleme und die Abschaffung einer Ungleichheit. Wir sind überzeugt, dass junge Menschen stark davon profitieren können, wenn sie sich



schon in jungen Jahren für die Gesellschaft engagieren und Verantwortung übernehmen. Dass sie das im Rahmen eines Milizsystems tun würden, wäre etwas Urschweizerisches. Schliesslich wäre ein Bürgerdienst auch ein wichtiges Instrument, um den Zusammenhalt in der Schweizer Gesellschaft zu fördern. Dienst zu leisten heisst auch immer, mit Menschen aus allen Landesteilen sowie aus allen beruflichen und sozialen Hintergründen in Kontakt zu kommen. Wenn man zusammen auf ein Ziel hinarbeitet und sich engagiert, dann verbindet das. In Zeiten von zunehmender Polarisierung könnte ein Gemeinschaftsdienst einen enorm wichtigen Beitrag leisten, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ich bitte Sie deshalb, unsere Minderheit zu unterstützen und der Bevölkerung die Initiative zur Annahme zu empfehlen – für unsere Sicherheit und für unseren Zusammenhalt.

**Theiler** Heinz (RL, SZ): Wie wir vorhin gehört haben, besteht ein Problem bei der Alimentierung von Armee und Zivilschutz, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Auf den ersten Blick scheint die Idee des Service citoyen eine Lösung für dieses Problem zu sein, doch auf den zweiten Blick ist die Umsetzung nach Meinung der FDP-Fraktion schlicht nicht zu handhaben – im Gegenteil, der Service citoyen schafft neue und unnötige Probleme.

Die Service-citoyen-Initiative will, dass alle Personen und damit auch alle Frauen zwingend einen sogenannten Gemeinschaftsdienst zugunsten des Militärs, der Allgemeinheit und der Umwelt absolvieren müssen. Wie bereits gesagt, hegen wir von der FDP-Fraktion für die Grundüberlegung und die Grundidee dieser Initiative durchaus Sympathie. Zur Umsetzung jedoch stellen sich uns einfach zu viele Fragen. Wie soll sichergestellt werden, dass sich genügend Freiwillige für die Armee melden? Wie sollen all die Menschen, und das sind auf einen Schlag 70 000 Personen mehr, überhaupt beschäftigt werden? Wie sollen die Ausfälle dieser Personen in der Wirtschaft kompensiert werden? Welche Arbeit wird denn zur gemeinnützigen Arbeit gezählt: das Gemeindepräsidium im

AB 2025 N 265 / BO 2025 N 265

Calancatal, der Pfadileitereinsatz in Aarau oder die Fussballtrainerin in Faido?

Die Volksinitiative will mit dem Service citoyen die Gleichstellung, Solidarität sowie die individuelle und kollektive Verantwortung von Schweizerbürgerinnen und -bürgern fördern. Wir glauben, dass die Schweizerinnen und Schweizer bereits jetzt genau diese Verantwortung übernehmen. Ja, nicht nur unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern auch viele Ausländerinnen und Ausländer setzen sich täglich ohne Schweizer Pass in Tausenden von Vereinen in diesem Land freiwillig ein.

Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt die Ablehnung der Initiative durch den Bundesrat und seine Argumente. Der Fokus des Dienstpflichtsystems soll auch künftig darauf abzielen, die Sicherheitsorganisationen Armee und Zivilschutz personell zu alimentieren und damit einen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz zu leisten. Die Bevölkerung soll nicht auf Vorrat zur Leistung verpflichtet werden, sondern nur dann, wenn die Gesellschaft auf den Einsatz von Armee, Zivilschutz und Zivildienst angewiesen ist.

Wenn die Initiative angenommen wird, würden auf einen Schlag doppelt so viele Personen für einen Dienst rekrutiert wie heute: Leute, für die auf einmal Tausende Beschäftigungen aus dem Boden gestampft werden müssten. Dass dies nicht ohne Konkurrenzierung der Wirtschaft und ohne Bevormundung von Vereinen, beispielsweise Pfadi- oder Sportvereinen, ablaufen würde, liegt wohl auf der Hand. Aus diesem Grund spricht sich auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände gegen die Initiative aus.

Die Schweiz ist nach wie vor ein Land der Freiwilligen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern, Tausende von Menschen ohne Schweizer Pass engagieren sich in Feuerwehren, Sanitätsvereinen, Musikvereinen, Fussball-, Handball-, Schwimm- und Jugendvereinen. Es ist eine Mischung aus Interesse, Leidenschaft und Pflichtbewusstsein, welche diese Menschen antreibt. Vereinsarbeit ist etwas Erfüllendes. Es darf nicht zur Pflicht werden.

Die FDP-Liberale Fraktion lehnt deshalb die Volksinitiative "für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)" ab und empfiehlt Ihnen, das auch zu tun, weil die Menschen in dieser Zeit besser in ihrem Beruf arbeiten sollten, anstatt der Wirtschaft für eigens zu erfindende Beschäftigungsprogramme entzogen zu werden, weil freiwillige Vereinsarbeit etwas Kostbares ist, das nicht einfach durch einen Gemeinschaftsdienst ersetzt werden kann, und weil sie die Probleme der Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes nicht lösen wird.

**Molina** Fabian (S, ZH): Die SP-Fraktion lehnt die Service-citoyen-Initiative ab. Diese geht von einer falschen Problemanalyse aus und schlägt einen Zwangsdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer vor. Sie verstösst damit nicht nur gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerte Zwangsarbeitsverbot, sie stellt auch einen Angriff auf faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne dar und verstärkt bestehende



gesellschaftliche Ungleichheiten.

Mit der Einführung eines Zwangsdienstes für alle Schweizerinnen und Schweizer würde die Anzahl dienstpflichtiger Personen mehr als verdoppelt. Armee, Zivildienst und Zivilschutz könnten diese Personen in den bestehenden Strukturen nicht absorbieren. Entsprechend müssten neue Einsatzmöglichkeiten für diese Personen gefunden werden. Im Gesundheitswesen, in der Kinderbetreuung oder bei den kommunalen Entsorgungsdiensten kämen neu Rekrutinnen und Rekruten zum Einsatz, die das ordentliche Personal konkurrenzieren würden. Statt reguläre Arbeitsplätze zu schaffen, würde die Initiative also den Einsatz von billigen Arbeitskräften fördern, auf Kosten unserer Sozialversicherungen, guter Arbeitsbedingungen und der Ausbildung in den betroffenen Branchen.

Die Initiative gibt als Ziel vor, das freiwillige Engagement in der Gesellschaft zu erhöhen. Statt auf Freiwilligkeit setzt sie aber auf Zwang, indem sie einen Zwangsdienst für alle, auch für Frauen, einführt. Konkret würden mit der Initiative Frauen zu einem allgemeinen Zwangsdienst verpflichtet, während bestehende Probleme wie Lohnungleichheit, die überproportionale Übernahme von Care-Arbeit und Diskriminierungen nicht angegangen, sondern vielmehr verstärkt würden. Mit Gleichstellung hat das rein gar nichts zu tun.

In einem Punkt haben die Initiantinnen und Initianten der Service-citoyen-Initiative recht. Es gibt heute zu viele Hürden für gesellschaftliches Engagement in Vereinen, für Jugend und Sport, für Kultur und Kommunalpolitik oder für die Nachbarschaftshilfe. Alle diese Formen des Engagements sind wichtige Pfeiler unserer Gesellschaft. Aber genau deswegen müssen wir das freiwillige Engagement fördern, statt es mit einer allgemeinen Dienstpflicht zu ökonomisieren.

Letztlich geht es bei der Beurteilung der Service-citoyen-Initiative auch um eine Frage des Menschenbildes. Ist man der Meinung, dass gesellschaftliche Solidarität nur funktioniert, wenn man sie per Zwang verordnet? Oder hat man ein Menschenbild, das die Bürgerinnen und Bürger für mündig und solidarisch genug hält, sich gesellschaftlich zu engagieren, wenn man ihnen denn den Raum lässt? Den Menschen den Raum lassen heisst primär, sie von Druck, Stress und Prekarität befreien. Gemäss einer repräsentativen Umfrage von Sotomo aus dem Jahr 2023 sind zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass wir in der Schweiz zu viel arbeiten. Ein wachsender Teil der Bevölkerung leidet im beruflichen Kontext unter Druck und Stress. Dass darunter zuallererst das freiwillige Engagement leidet, liegt auf der Hand. Ein echter Vorschlag für mehr gesellschaftliches Engagement muss deshalb dort ansetzen, wo die Schweizer Bevölkerung der Schuh drückt: bei der Arbeitszeit.

Die SP-Fraktion schlägt deshalb einen indirekten Gegenvorschlag vor, der vorsieht, die Höchstarbeitszeit moderat auf 38 Stunden pro Woche zu verkürzen und damit mehr Zeit für freiwilliges Engagement und Familie zu schaffen. Es ist eigentlich ganz einfach: mehr Zeit, mehr Geld, mehr Leben. Das ist der Schlüssel zu einem guten gesellschaftlichen Miteinander.

Ein solidarisches und gerechtes Gemeinwesen erreicht man nicht durch Zwang, sondern durch faire Arbeitsbedingungen, durch soziale Absicherung und durch mehr Zeit.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Service-citoyen-Initiative abzulehnen und dem indirekten Gegenvorschlag gemäss dem Rückweisungsantrag der Minderheit Zryd zuzustimmen.

**Roduit Benjamin (M-E, VS):** L'initiative populaire "pour une Suisse qui s'engage (initiative service citoyen)" est au premier abord séduisante. Nous saluons en effet son esprit, qui encourage la responsabilité individuelle et collective. Cela est bienvenu dans une société désemparée et désorientée, qui se recroqueville de plus en plus dans un individualisme faussement sécurisant. Cependant, il ne s'agit pas de vendre du rêve: l'obligation de fournir des prestations ne doit être imposée à la population que dans la mesure où ces prestations sont nécessaires à sa sécurité et à sa protection. C'est d'une actualité encore plus aiguë avec la guerre en Europe et la situation géopolitique mondiale très tendue.

Dans leur proposition de recommander le rejet de l'initiative, le Conseil fédéral et la commission se rejoignent sur un point central: à qui doit bénéficier l'obligation de servir? Je suis d'avis que la nécessité passée, présente et future, est d'alimenter les effectifs de l'armée et de la protection civile. Si l'égalité et la solidarité sont des éléments importants, il n'en reste pas moins que la sécurité et la protection de la population sont la seule raison d'être d'une obligation de servir. Il n'est pas souhaitable de multiplier les types de service, notamment ceux qui n'ont pas de lien avec cette mission de base. Ainsi, lorsque l'on parle d'un service au bénéfice de l'environnement, de quels besoins parle-t-on? Est-ce que cela consiste, par exemple, à dénombrer les oiseaux? Au moins, l'engagement actuel dans le cadre de la protection civile dans les hôpitaux et les EMS a plus de sens et répond à des besoins fondamentaux de la société.

Remarquez que la commission va encore plus loin dans la réflexion avec la motion 25.3015, "Introduction de l'obligation de servir dans la sécurité", en estimant que, pour garantir les effectifs – ce qui est aussi l'objectif



des modifications de la loi fédérale sur la protection de la population et sur la

AB 2025 N 266 / BO 2025 N 266

protection civile que nous venons d'accepter ce matin –, il s'agit, le plus rapidement possible, de privilégier l'obligation de servir dans la sécurité par rapport à l'obligation de servir selon les besoins. J'y adhère complètement. Il en va de l'alimentation durable de notre armée et de la protection civile pour faire face à des défis de taille.

Un autre élément qui réunit le Conseil fédéral et la commission concerne l'économie. Une obligation de servir élargie aux femmes, voire aux étrangers, comme cela est demandé dans l'initiative, impliquerait le recrutement d'au moins deux fois plus de personnes. Ceci signifierait un manque flagrant de main-d'oeuvre sur le marché du travail, ce qui impacterait fortement l'économie. On ne peut pas se payer un tel luxe en cette période de pénurie de personnel dans tous les secteurs. Et que dire d'une main-d'oeuvre affectée à des tâches pour lesquelles elle est bien moins qualifiée? Cette pratique pourrait même compromettre des places de travail existantes ou fausser le marché du travail.

En tenant compte de ces éléments et en ajoutant les coûts énormes des allocations pour perte de gain, la pesée d'intérêt est évidente: l'initiative n'est pas à la hauteur. Quant à la proposition d'un contre-projet déposée en commission par une minorité pour combler les lacunes du texte, je n'y vois aucune approche réaliste. Tant la mise en place du "modèle norvégien" priorisant l'obligation de servir axée sur les besoins au détriment de la sécurité est, comme je l'ai dit, inappropriée, autant la réduction de la durée de travail hebdomadaire, respectivement à 38 ou 45 heures au maximum, afin d'accorder plus de place à l'engagement social, relève d'une vision naïve des défis sécuritaires et des besoins fondamentaux qu'un Etat de droit se doit de relever et de remplir – lorgnez du côté de la France voisine.

N'oublions pas non plus le risque de tuer le bénévolat. Vous connaissez la différence: un bénévole choisit librement les tâches dans lesquelles il souhaite s'investir et surtout, il choisit son agenda, d'où l'énorme succès du bénévolat en Suisse avec le système actuel.

Toutes ces propositions ne sont pas à la hauteur des enjeux et je vous demande donc, comme le Conseil fédéral et la commission, de recommander le rejet de cette initiative, et ce, sans contre-projet.

**Büchel** Roland Rino (V, SG): Vor eineinhalb Jahren wurde die Volksinitiative "für eine engagierte Schweiz" eingereicht. Sie ist besser bekannt unter dem Titel "Service-citoyen-Initiative". Diese Initiative sieht vor, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen "Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt" leistet. Dem Land wäre gemäss Initianten in der Armee oder in anderer Form zu dienen. Zum Voraus: Diese andere Form ist das Problem. Ein Ziel ist, mit dem Gemeinschaftsdienst die Gleichstellung, die Solidarität, aber auch die Verantwortung, sei sie kollektiv oder individuell, zu fördern. Was die Initianten wollen, sieht – man hat es schon in anderen Voten gehört – auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus. Nur wollen sie zu viel.

Ich bin klar der Ansicht, dass der Fokus des Dienstpflichtsystems auch künftig darauf liegen soll, der Armee und dem Zivilschutz das notwendige, geeignete und motivierte Personal zur Verfügung zu stellen. Auf diese Art wird ein wirklich relevanter Beitrag zur Sicherheit der Schweiz geleistet. Der Grundsatz muss sein, dass die Menschen in diesem Land nur zu Leistungen verpflichtet werden, auf welche die Gesellschaft angewiesen ist. Herr Hässig von der Grünliberalen Fraktion sieht es anders. Er hat vorhin sinngemäss gesagt, dass dieser Bürgerdienst derart effizient sei, dass er "für alle Arten von Krisen" quasi das Nonplusultra sei. Allein, Herr Hässig, mir fehlt der Glaube an Ihre Worte.

Was wäre die wirkliche Folge, wenn die Initiative angenommen würde? Wir müssten erstens jedes Jahr mindestens doppelt so viele Personen für einen Dienst rekrutieren. Zweitens würden die Arten der Dienstleistung, wie gesagt, stark erweitert, und zwar auf Bereiche ohne jeglichen Bezug zur Sicherheit im Land. Es gibt weitere Gründe, die gegen die Initiative sprechen, zum Beispiel diesen dritten Aspekt: Ein demokratisches Land wie das unsrige, welches die Freiheit des Einzelnen respektiert, soll die Menschen, ich betone das noch einmal, in erster Linie zu Leistungen verpflichten, welche es für die Sicherheit braucht. So ähnlich hat es auch die Sprecherin der Kommission gesagt. Denken wir aber vor allem auch an die volks- und betriebswirtschaftlichen Folgen, denken wir an die kleinen und grossen Unternehmen im Land. Was würde ein mögliches Ja zur Initiative für sie bedeuten? Dem Arbeitsmarkt würden im Vergleich zu heute doppelt so viele Arbeitskräfte entzogen. Es macht wenig Sinn, unsere vielfach sehr gut ausgebildeten Arbeitskräfte als Dienstpflichtige für Aufgaben einzusetzen, für die sie weit weniger qualifiziert sind als in der angestammten beruflichen Tätigkeit. Zudem würden Dienstpflichtige häufig andere, meistens eher gering qualifizierte Arbeitskräfte vom Markt verdrängen. Es mag erstaunen, aber hier bin ich sogar mit Kollege Molina gleicher Meinung. Der noch recht freie Arbeitsmarkt der Schweiz würde von staatlicher Seite her nicht nur unnötig konkurrenziert, sondern in



gewissen Bereichen sogar untergraben.

Wir alle wissen: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Auch Kollege Candinas hat dies, glaube ich, als Sprecher der Mitte-Fraktion in ähnlicher Form gesagt.

Ich will hier und heute nicht allzu lange reden, bin mir aber sicher, dass viele Kolleginnen und Kollegen, welche nachher noch sprechen werden, weitere gute Gründe gegen diese sicherlich gut gemeinte Initiative anführen werden.

Zum Schluss bitte ich Sie, diese Initiative und selbstverständlich auch den wirklich sinnlosen Gegenvorschlag abzulehnen, der von irgendeinem anderen Planeten kommt, auf welchem die Vernunft ja nicht zuhause ist.

**Andrey** Gerhard (G, FR): Nous traitons aujourd'hui d'une question importante de notre époque: comment définissons-nous notre contribution à la société? Comment façonnons-nous l'avenir de notre pays de manière à ce qu'il ne soit pas seulement sûr, mais aussi fort, solidaire et équitable? L'initiative service citoyen nous donne une réponse à cette question: en ne considérant plus le service au pays uniquement comme un devoir militaire, mais comme une responsabilité pour le bien commun. Aujourd'hui encore, la sécurité est pensée de manière trop étroitement militaire, mais les défis de notre époque nous montrent qu'une vision purement militaire ne suffit plus. Le changement climatique, les pandémies, les tensions sociales ou encore les bouleversements technologiques sont des menaces tout aussi existentielles que les risques militaires classiques. Notre capacité de défense ne doit donc pas se limiter à l'armée, mais englober l'ensemble de la société. Une Suisse résiliente qui ne se réarme pas seulement sur le plan militaire, mais aussi sur le plan social et écologique, est la nécessité du moment.

En outre, celui qui s'engage pour son pays développe un sens des responsabilités plus profond et renforce la cohésion sociale. En tant que personne provenant d'une région périphérique et d'une minorité linguistique et culturelle, j'aimerais en voir davantage.

Natürlich wünschte ich mir auch eine Gesellschaft, zu der alle, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend, rein intrinsisch motiviert etwas beitragen. Dort sind wir aber noch nicht, und wir werden es wohl über mehrere Generationen hinweg noch nicht sein. Die Dienstpflicht, die Militärflicht wird nicht abgeschafft werden. Weil ich das anerkenne, habe ich es da ganz mit dem früheren US-Präsidenten John F. Kennedy: "Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst." Daher macht mir auch diese Pflicht nicht so grosse Sorgen. Überdies würde die Initiative nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention kollidieren, wie uns das Bundesamt für Justiz in der Kommission auch bestätigt hat.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Gleichstellung. Wir alle wissen, dass Frauen heute immer noch den grösseren Teil der unbezahlten Arbeit leisten. Kinderbetreuung, Hausarbeit und Pflege von Angehörigen bleiben weiterhin überwiegend an ihnen hängen. Das bremst ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und hemmt den Fortschritt der Gleichstellung. Deshalb setze ich mich als Mitglied des Kita-Initiativkomitees für eine flächendeckende, günstige, ausserfamiliäre Kinderbetreuung ein, genauso wie für einen

AB 2025 N 267 / BO 2025 N 267

paritätischen, grosszügigen Elternurlaub oder die Individualbesteuerung – alles Elemente, um in Sachen Gleichstellung endlich vorwärtszukommen.

Gleichzeitig bleibt die Wehrpflicht nach wie vor ausschliesslich eine Pflicht für Männer. Das steht genauso wie die Schlechterstellung der Frauen in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dem Verfassungsauftrag der gleichen Rechte und gleichen Pflichten entgegen. Wenn wir dieses Ungleichgewicht nicht ernsthaft angehen, werden Frauen in den nächsten Jahren, vielleicht in einer Generation, zur gleichen Dienstpflicht gezwungen werden, die heute nur Männer betrifft. Erste Schritte in diese Richtung werden bereits verhandelt, etwa die Einführung eines Militärflichttages für Frauen. Die Befürchtung ist also nicht abwegig. Wollen wir wirklich, dass die Gleichstellung durch eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen forciert wird? Oder sollten wir nicht vielmehr den Dienst für das Land anders und neu denken und für alle öffnen, aber mit Wahlmöglichkeiten?

Der Service citoyen schafft eine faire Lösung. Alle leisten einen Beitrag an die Gesellschaft, aber auf unterschiedliche Weise. Ob im Militär, im Zivilschutz, in sozialen oder ökologischen Diensten – jede und jeder kann seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend etwas beitragen. Die Initiative für einen Service citoyen ist eine Chance: eine Chance, unser Land auf neue Weise zu stärken; eine Chance, Sicherheit nicht nur militärisch, sondern gesellschaftlich zu denken; eine Chance, jungen Menschen beim Übergang ins Erwachsenenalter einen Baustein ins Fundament der gleichen Rechte und gleichen Pflichten zu legen.

**Walliser** Bruno (V, ZH): Ich lehne diese Initiative für eine allgemeine Bürgerpflicht für Schweizerbürgerinnen



und -bürger entschieden ab. Die Service-citoyen-Initiative will, dass jeder Schweizerbürger und jede Schweizerbürgerin einen sogenannten zeitgemässen Einsatz für die Gemeinschaft und die Umwelt leistet, so heisst es seitens des Initiativkomitees. Die Idee ist eine Dienstpflicht für alle, die jedoch nicht nur in der Armee, beim Zivildienst oder im Zivildienst, sondern auch im Pflege- oder im Umweltbereich geleistet werden kann. Das ist das Gefährliche, aber auch die verführerische Idee dieser Initiative. Bei der Dienstpflicht sind für mich die Alimentierung der Armee und des Zivildienstes zentral und nicht eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen.

Es bestehen grosse Zweifel, ob diese Initiative tatsächlich dazu beitragen würde, den Personalbestand von Armee und Zivildienst nachhaltig abzudecken. Selbst der Bundesrat betont, dass es keine Garantie für eine ausreichende Personaldecke in diesem Bereich geben würde. Um die Bestände der Armee auch in Zukunft zu sichern, muss dringend eine Reform des Zivildienstgesetzes durchgeführt und die Gewissensfrage wieder eingeführt werden. Diese Initiative fordert die Beliebigkeit einer allgemeinen Dienstpflicht, wohingegen der Militärdienst oberste Priorität haben muss. Schon jetzt leidet die Armee unter Personalmangel, was die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes gefährdet.

Durch eine Ausweitung der Dienstpflicht auf die gesamte Schweizer Bevölkerung würde der Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. Dem Markt würden zahlreiche Arbeitskräfte entzogen. Die Finanzierung müsste über zusätzliche Lohnabzüge bei der arbeitenden Bevölkerung geschehen. Damit haben wir alle am Ende des Monats weniger Geld im Portemonnaie.

Die Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht für die Allgemeinheit wird auch negative Effekte auf das derzeitige freiwillige Engagement haben. Diese "Zwangsarbeit", wie sie einige nennen, wird die Motivation für freiwillige Tätigkeiten bestimmt mindern, was dem eigentlichen Ziel der Initiative widerspricht. Eine verpflichtende Dienstleistung für alle Schweizerbürgerinnen und -bürger ist als Eingriff in die persönliche Freiheit zu werten. Das schränkt die Wahlfreiheit unwiderruflich ein.

Aus den genannten Gründen ist die Volksinitiative "für eine engagierte Schweiz" abzulehnen, und zwar ohne Gegenentwurf. Ebenfalls ist die Rückweisung an die Kommission entschieden abzulehnen. Mit der Rückweisung versucht die Linke, durch die Hintertür die 38-Stunden-Woche einzuführen, und missbraucht dafür diese Volksinitiative.

**Blunschy** Dominik (M-E, SZ): Im schönen Kanton Schwyz, in dem ich wohne, gilt der Dienst an der Allgemeinheit noch etwas. Ohne engagierte Persönlichkeiten würden Fasnacht, Elternturnen oder Volkshochschulen nicht existieren. Ohne Vereine und freiwillige Helfer stünde unsere Gesellschaft still.

Doch nicht nur das Vereinsleben, auch die unbezahlte Care-Arbeit ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Grosseltern betreuen ihre Enkel, damit Eltern arbeiten können. Angehörige pflegen ihre älteren Verwandten und ermöglichen ihnen ein Leben in Würde. Ich danke allen Menschen, welche diese wichtigen Arbeiten übernehmen, von Herzen.

Unsere Gesellschaft – wir haben es gehört – lebt vom zivilen Engagement. Genau dieses will die Service-citoyen-Initiative stärken. Sie will dafür sorgen, dass der Dienst an der Gesellschaft nicht nur auf wenigen Schultern lastet, sondern dass alle ihren Beitrag leisten – in einer Form, die Sinn ergibt und dem Gemeinwohl zuteilkommt. Daher stimme ich der Initiative unter fünf klaren Bedingungen, die mit dem Initiativtext im Einklang stehen, zu.

Erstens: Die Armee und unsere Verteidigungsfähigkeit dürfen durch den Service citizen nicht geschwächt werden. Das hat absolute Priorität, das will auch die Initiative nicht. Wer befürchtet, dass der Soll-Bestand der Kriseninterventionsdienste gefährdet ist, den kann ich beruhigen: Er ist im Initiativtext garantiert. Es liegt an uns, an uns und an der Armee, dies umzusetzen. Die kritischen Fragen zur Umsetzung, die Sie in Ihren Voten zu Recht gestellt haben, gilt es zu klären. Das ist unsere Aufgabe als Parlament. Ich würde diese Diskussion gerne führen.

Zweitens soll der Service citizen einen Beitrag zur Integration leisten. Die Schweizer Bevölkerung wächst – mit oder ohne euphemistische Freiheits-Initiative der SVP. Ein allgemeiner Dienst für junge Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Nationalität, kann helfen, Brücken zu bauen. Wenn ich keinen Militärdienst geleistet hätte, so würde es mir vermutlich schwerfallen, unseren Fraktionspräsidenten in seinem zugegebenermassen sympathischen Walliser Dialekt zu verstehen. Überkantonale Völkerverständigung gelingt aber nicht nur im Militärdienst, sondern auch durch den Einsatz im Sozialwesen, Gesundheitsbereich oder Katastrophenschutz. Drittens darf die Initiative keine Mehrbelastung für Frauen bedeuten. Frauen leisten bereits heute den Grossteil der Betreuungs- und Erziehungsarbeit. Ein allgemeiner Dienst muss diesen Umstand berücksichtigen und darf ihn nicht verschärfen. Wir Männer müssen in die Pflicht genommen werden. Die Familienzeit-Initiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung und sorgt für eine gerechtere Verteilung der Verantwortung.



Viertens muss die Initiative Care-Arbeit als gesellschaftlichen Dienst anerkennen. Wer Kinder erzieht oder Angehörige pflegt, trägt zur Stabilität unseres Landes bei. Es ist nur folgerichtig, dass diese Arbeit als wertvolle Leistung für die Gesellschaft zählt und die nötige Anerkennung bekommt.

Fünftens muss der Service citoyen für alle gelten, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Einkommen. Die Initiative ist eine Chance, Verantwortung breit abzustützen und unser Milizsystem zu modernisieren und zu stärken.

Die Service-citoyen-Initiative kann unser gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein nachhaltig stärken, wenn sie klug umgesetzt wird. Sie darf nicht zur Schwächung der Armee oder zur Mehrbelastung für Frauen werden, sondern muss Care-Arbeit anerkennen und die Integration fördern. Sie erneuert und stärkt das Milizsystem, indem sie allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Deshalb unterstütze ich die Initiative unter den genannten klaren Bedingungen. Dem Inhalt des Rückweisungsantrages kann ich jedoch wahrlich nichts Sinnvolles abgewinnen.

**Büchel** Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege Blunschy, Sie haben jetzt gesagt, dass dieser Bürgerdienst der Integration sehr gut dienen würde. Denken Sie nicht, dass der

AB 2025 N 268 / BO 2025 N 268

normale Arbeitsmarkt und das normale Vereinswesen diesem Zweck noch besser dienen würden?

**Blunschy** Dominik (M-E, SZ): Er dient diesem Zweck, absolut; der Bürgerdienst ist ein sehr wichtiges Instrument zur Integration, wie auch der Arbeitsmarkt und das Vereinswesen, wie Sie es sagen. Ich sehe im Bürgerdienst einfach eine weitere Möglichkeit, diese zu stärken.

**Seiler Graf** Priska (S, ZH): Die Service-citoyen-Initiative tönt sehr sympathisch. Junge Menschen sollen sich für die Allgemeinheit engagieren – das gefällt mir. Als Copräsidentin von Civiva, dem Schweizerischen Zivildienstverband, anerkenne ich auch explizit, dass die Initiative der aktuellen Debatte über die Zukunft des Dienstpflichtsystems Aufwind verleiht. Selbstverständlich teile ich ebenfalls die Ansicht, dass ein Dienst an Gesellschaft und Umwelt wertvoll für uns alle ist. Aber sympathisch allein reicht am Ende doch nicht.

Die Initiative birgt verschiedene problematische Elemente. Aus Sicht von Civiva sind dies vor allem die vier folgenden Punkte:

1. Hierarchisierung der Dienstformen: Mit der geforderten Garantie der Armee- und Zivilschutzbestände würde erneut eine Hierarchisierung der Dienstformen eingeführt. Bereits heute besteht keine Wahlfreiheit. Zivildienstleistende müssen mit einer 1,5-mal längeren Dienstzeit den Tatbeweis erbringen. Mit der von der Initiative verlangten Sicherung der Armeebestände könnten also junge Menschen theoretisch gezwungen werden, Militärdienst zu leisten, sollten die Bestände nicht garantiert sein. Wer darf dann noch seinen Einsatzbereich wählen? Wer wird gezwungen, Militär- und Schutzdienst zu leisten, falls das aufgrund der Bestände verlangt wird? Auf diese Fragen hatten die Initiantinnen und Initianten leider keine konkrete Antwort.

2. Arbeitszwang: Die Pflicht, einen Dienst zu leisten, widerspricht dem Verbot von Zwangsarbeit, das auch die Schweiz ratifiziert hat und das 1959 in Kraft getreten ist. Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen sind sich nicht ganz einig, wie streng man dieses Verbot auslegen muss. So oder so: Bei einer Annahme und Umsetzung der Initiative würden gemäss Schätzungen jährlich rund 70 000 junge Menschen dazu gezwungen, einen Dienst zu leisten. Das ist schlicht nicht zu bewältigen. Zudem müsste bei diesem Dienst auch die Arbeitsmarktneutralität garantiert sein.

3. Care- und Freiwilligenarbeit: Es ist völlig unklar, welches Engagement als allfälliger Bürger- und Bürgerinnendienst angerechnet würde. Wäre ein Engagement bei der freiwilligen Feuerwehr ebenso anerkannt wie jenes eines Jungparlamentariers oder einer Jungparlamentarierin? Wenn ich für die betagte Nachbarin jeden Tag die Einkäufe erledige, wäre das auch ein Dienst an der Allgemeinheit? Auch auf diese Fragen liefert die Initiative leider keine Antworten. Zudem sieht die Initiative keine Anerkennung systemrelevanter unbezahlter Care-Arbeit vor, die notabene immer noch vor allem von Frauen geleistet wird – im Gegenteil: Durch die Einführung einer Pflicht torpediert die Initiative die Care-Arbeit richtiggehend.

4. Ich komme noch zur Gretchenfrage für Civiva: Wie verhält es sich dann mit der Militärdienstverweigerung? Für Civiva ist diese Frage natürlich absolut relevant. Auch Menschen, die sich für den Militärdienst entscheiden, müssten zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf eine andere Dienstform wechseln können. Wäre dies mit der Annahme der Initiative gewährleistet? Gilt bei genügender Alimentierung tatsächlich eine Art Wahlfreiheit? Muss der Dienst dann ebenfalls 1,5-mal länger dauern? Das ist ja die Strafe für Zivildienstleistende.

Sie sehen: Zu vieles ist leider unklar oder nicht realisierbar. Es gibt aber andere konkrete Ideen und Beispiele, um das Engagement für Gesellschaft und Umwelt zu stärken, wie zum Beispiel die Angleichung der





Dienstdauer des Zivildienstes an jene der Armee, die Flexibilisierung der Einsatzbedingungen oder der immer wieder geforderte freiwillige und direkte Zugang zum Zivildienst für Frauen, Menschen ohne Schweizer Pass und militärdienstuntaugliche Personen.

Auch wenn im Grundsatz durchaus sympathisch – die Initiative würde bei der Umsetzung doch erhebliche Probleme verursachen. Darum bitte ich Sie, die Service-citoyen-Initiative abzulehnen.

**Kamerzin** Sidney (M-E, VS): Une Suisse qui s'engage, mais pour qui, pourquoi et avec quelles conséquences? Cela aura des conséquences certaines sur le plan des effectifs. D'une part, sur ceux de la protection civile et de l'armée, car avec cette initiative, il y a un risque de sous-effectif, et, d'autre part, pour toutes les associations hors du secteur de la sécurité, dans le domaine de la collectivité civile et de l'environnement, il y a un risque de sureffectif, avec des conséquences néfastes.

Dans ces domaines – cela a été mentionné à plusieurs reprises – hormis celui de la sécurité, ce seront environ 30 000 personnes qui arriveront sur le marché en Suisse au service de la collectivité et de l'environnement, si l'on introduit un service obligatoire. Cela a été dit: cela provoquera des risques de dumping salarial pour certaines professions, notamment dans le domaine de la santé – on peut penser aux aides-soignants –, un risque de travail forcé même – c'est évoqué dans le message. En ce qui concerne nos PME et l'économie: de nombreuses personnes – entre 50 000 et 70 000 selon les évaluations – devront partir chaque année. Dans une période où la pénurie de main-d'oeuvre est palpable et s'accroîtra à l'avenir, cela risque d'aggraver la situation dans les secteurs où la main-d'oeuvre est le plus nécessaire, notamment la construction, la mécanique, etc., car beaucoup de personnel manquera. Cela induira également des risques importants pour le bénévolat: pour toutes ces raisons déjà, sur le plan de la vie associative et des organisations qui s'impliquent déjà dans la collectivité et en faveur de l'environnement, il y a un risque de sureffectif.

Mais, surtout, cette initiative présente un risque de sous-effectif pour notre armée. Aujourd'hui, environ 30 000 personnes par année sont nécessaires. Vous me direz que 50 000 personnes arriveront, mais ces personnes auront le choix entre le service militaire, la protection civile et un service civil. Vous me direz que 50 000, c'est plus qu'assez; mais comment procéderez-vous pour choisir? Procéderez-vous à un tirage au sort? Comment choisir les personnes qui feront le service militaire – est-ce que ce sera sur le principe du premier arrivé, premier servi? Cette question se pose. A un moment donné, il faudra imposer une obligation pour garantir les effectifs, puisque c'est dans le texte de l'initiative. Comment cela sera-t-il fait? Cela n'est pas indiqué et créera des inégalités, puisqu'on sait qu'aujourd'hui, un jeune préfère effectuer un service civil, moins astreignant et moins contraignant qu'un service au sein de l'armée – d'ailleurs, c'est pour cela que le service civil dure une fois et demie plus longtemps que le service militaire ou la protection civile. Cela représente un risque de sous-effectif dans une période d'instabilité, dans une période où l'Europe se retrouve seule face à son destin et où les pays qui nous entourent – France, Belgique, Royaume-Uni et Allemagne – pensent plutôt à réintroduire le service militaire obligatoire plutôt qu'à l'alléger. Cette initiative conduira à l'affaiblissement de nos effectifs, à l'affaiblissement de notre armée et de notre protection civile, à un moment où elles en ont peut-être le plus besoin.

Merci de rejeter ce texte.

**Golay** Roger (V, GE): Vous le savez, l'expression "socialisme utopique" désigne l'ensemble des doctrines des premiers socialistes européens du début du XIXe siècle, tels Robert Owen en Grande-Bretagne et Claude-Henri de Rouvroy de Saint-Simon en France. Le socialisme utopique se caractérise par la volonté de mettre en place des communautés idéales selon des modèles divers, certaines régies par des règlements très contraignants, d'autres plus libertaires; certaines communistes, d'autres laissant une plus grande part à la propriété individuelle. Le socialisme utopique se caractérise surtout par sa méthode de transformation de la société qui, dans l'ensemble, ne repose pas sur une révolution politique, ni sur une action réformatrice impulsée par l'Etat, mais sur la création, par l'initiative de citoyens,

AB 2025 N 269 / BO 2025 N 269

d'une contre-société socialiste au sein même du système capitaliste.

Le socialisme utopique semblait mort depuis belle lurette, et le voilà qui renaît de ses cendres sous l'impulsion du comité d'initiative en faveur d'un service citoyen. Voici revenu le temps des rêves de bouleversements sociaux fondamentaux, de construction d'un Etat différent et de remise en question des modèles économiques éprouvés. Notre Etat suisse, ces temps-ci, n'est cependant en aucun cas demandeur ni n'a besoin de tout ce tohu-bohu organisationnel. Il cherche, certes, une évolution maîtrisée de son outil sécuritaire pour en assurer, puis en parfaire l'efficacité. Ce n'est pas une mince affaire; mais cela s'arrête-là.





Au nom de quoi et de qui, hormis cette utopie et ses adeptes, contraindrait-on toutes les femmes et tous les hommes de ce pays – en tous cas les Suissesses et les Suisses – à mettre entre parenthèses études, famille et travail pour se mettre au service de la collectivité et de l'environnement? Depuis quand l'Etat a-t-il vraiment besoin de dizaines de milliers de personnes supplémentaires par an pour accomplir toutes sortes de tâches et rendre mille services dont se chargent aujourd'hui à l'évidence l'économie privée et les organisations sociales bénévoles?

Si on voulait créer un modèle socialiste de société et d'économie, on ne s'y prendrait pas mieux. Soustraire les gens aux entreprises pour les passer sous la férule de la collectivité, c'est proprement stupéfiant; tout ça avec l'argent des mêmes entreprises plumées de leur force de travail, et avec l'argent du contribuable ordinaire; tout ça sous le regard médusé des gens travaillant d'arrache-pied à faire tourner le système économique exigeant efficacité et productivité.

Au secours, ce comité d'initiative veut instaurer par le truchement de son projet de service citoyen sa contre-société socialiste au sein même de notre système capitaliste. On substitue lâchement l'esprit de solidarité de la population, qui s'exprime par un engagement bénévole pour toutes sortes de causes, par une contrainte sociale. Les chaussettes m'en tombent.

D'ailleurs, et ce sera la fin de mon allocution, la mauvaise graine a déjà été plantée quand l'accès au service civil a été facilité, voire encouragé au détriment de la sécurité de notre pays; mauvaise graine, car la plante a tellement bien poussé qu'elle phagocyte les effectifs militaires, au point de déstabiliser toute l'armée.

Il est temps de revenir à une appréciation rigoureuse des besoins en effectifs de l'armée, qui doivent absolument primer sur tout autre besoin ou aspiration personnelle de jeunes gens préférant le confort des salles de cours, des institutions sociales et des engagements bucoliques aux casernes plus spartiates. Moins de service civil; plus d'armée. C'est essentiel pour la sécurité du pays.

Enfin, quant à la question de l'engagement des femmes au service de cette sécurité, elle mérite en effet d'être étudiée. Les femmes de ce pays dirigent nos entreprises, forment nos universitaires et nos apprentis, éduquent nos enfants, accomplissent mille prouesses techniques. Je sais que la question du service féminin obligatoire est sensible; il faut toutefois avoir la lucidité d'en débattre sereinement et largement. L'accomplissement de ce pas là, sous une forme ou sous une autre, serait déjà, pour autant qu'il soit utile pour pallier les besoins de notre sécurité nationale, une évolution très importante.

**Weichelt** Manuela (G, ZG): Die Service-citoyen-Initiative will, dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger einen obligatorischen Dienst leisten müssen. Die Vorstellung, welche die Initiantinnen und Initianten skizzieren, klingt verlockend: Alle leisten einen Dienst innerhalb oder ausserhalb der Armee, dies ganz nach ihren Stärken und Präferenzen. Und wie wäre dann die Umsetzung? Über die Wahlfreiheit in Bezug auf die Dienstart sowie darüber, was alles als Milizdienst eingestuft würde, macht der Initiativtext widersprüchliche bzw. keine Angaben. Die Initiative hält fest, dass die Bestände von Armee und Zivilschutz gesichert sein müssen. Von einer freien Wahl kann aber keine Rede sein. Die Armee könnte sich aufgrund der Bestandsregelung weiterhin über den Wunsch der Dienstpflichtigen hinwegsetzen. Zudem birgt die Initiative eine hohe Gefahr von Lohndumping in jenen Bereichen, wo Dienstleistende im Tieflohnsegment für Arbeitgebende eine noch günstigere Option darstellen als ausgebildete Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt.

Die Initiative suggeriert, dass es in der Schweiz zu wenig Milizengagement gebe. Dabei werden jährlich Millionen Stunden an unbezahlter Arbeit in der Schweiz geleistet. Ob dieses Engagement durch die Initiative anerkannt würde, bezweifle ich stark. Gerade Frauen leisten jährlich unbezahlte Care-Arbeit im Wert von rund 250 Milliarden Franken. Mit einer Ausdehnung der Dienstpflicht auf Frauen machen wir in Sachen Gleichstellung gerade nochmals einen Schritt rückwärts.

Der Verein Service citoyen spricht von der Herbeiführung gelebter Solidarität, indem alle nach ihren Stärken einen Beitrag zur Gesellschaft leisten sollen. Gleichstellung heisst aber nicht, dass Frauen auch ins Militär gezwungen werden, sondern dass Männer auch die Wahl bekommen.

Ich kann die Logik der Initiantinnen und Initianten bezüglich Gleichstellung nicht verstehen. Oder würden die gleichen Personen auch alle Männerlöhne senken, um damit die Lohngleichheit zu erreichen? Und was heisst, alle würden ihren Beitrag an die Gesellschaft nach ihren Stärken leisten? Bereits heute ist das Finden von geeigneten Stellen für viele Zivis eine schwierige Angelegenheit. Wie soll es denn erst funktionieren, wenn es noch viel mehr sind? Sollen wir nun aufgrund des Fachkräftemangels in der Pflege junge Menschen auf der Intensivstation einsetzen? Und mit fehlender Ausbildung und zu noch schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen, als wir sie heute schon im Gesundheitsbereich haben?

Die Schweizerinnen und Schweizer leisten bereits heute sehr, sehr viel Arbeit in Vereinen, im politischen Bereich, in der Feuerwehr, in freiwilligen Einsätzen bei Organisationen, im Bereich der Care-Arbeit usw. Sie



wenden grosse Teile ihrer Freizeit dafür auf. Gemäss Bundesamt für Statistik erbringen die freiwillig aktiven Personen in der Schweiz rund 4,5 Stunden pro Woche für solche Tätigkeiten. Auch das zeigt, dass es eine Mär ist, dass die Schweizerinnen und Schweizer keine gemeinnützige Arbeit leisten würden. Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

**Durrer Regina** (M-E, NW): Wie meistens bei solchen Initiativen sieht auch die Initiative "für eine engagierte Schweiz" auf den ersten Blick gut aus. Es ist nachvollziehbar, weswegen auch Mitglieder meiner Partei diese Initiative unterstützen. Unser Land lebt von Freiwilligenarbeit, sei es innerfamiliär bei der Care-Arbeit, im Sportbereich als "Jugend und Sport"-Trainer, in der Pfadi oder, was viele von uns kennen, als politische Behördenmitglieder auf kommunaler Ebene. Aber ehrenamtliches Engagement ist per Definition freiwillig. Es lebt davon, dass Menschen sich aus eigener Überzeugung und mit Leidenschaft einsetzen. Insbesondere junge Menschen engagieren sich dort, wo sie persönlichen Sinn und persönliche Erfüllung finden. Eine Verpflichtung führt dazu, dieses freiwillige Engagement als lästige Pflicht wahrzunehmen. Wird das freiwillige Engagement zur Pflicht, leidet nicht nur die Motivation, sondern auch die Qualität der geleisteten Arbeit. Statt einer Verpflichtung braucht es gezielte Massnahmen zur Förderung und Anerkennung der Freiwilligenarbeit.

Neben der Problematik der Freiwilligkeit verstärkt diese Vorlage aber auch die immer noch bestehende Benachteiligung von Frauen. Gemäss Bundesamt für Statistik arbeiten über 40 Prozent der Bevölkerung bereits heute durchschnittlich über vier Stunden pro Woche ohne finanzielle Entschädigung. Die grösste Gruppe machen dabei Frauen im Alter zwischen 55 und 74 Jahren aus. Bei Annahme dieser Initiative würde man insbesondere Frauen doppelt und dreifach belasten, indem sie als junge Erwachsene freiwilligen Dienst leisten müssten, immer noch den Hauptanteil an der Familienarbeit leisten würden und ab 50 entweder die Eltern oder die Enkel betreuen würden, und dies ohne adäquate Anerkennung ihrer Arbeit, weder finanziell noch in Bezug auf die Sozialversicherungen. Solange wir diese Ungleichbehandlung

AB 2025 N 270 / BO 2025 N 270

nicht beseitigt haben, können wir nicht noch mehr Freiwilligenarbeit auf dem Buckel der Frauen fordern. Deswegen ist für mich klar, dass die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen ist.

**Docourt Martine** (S, NE): Si l'initiative présentée pouvait sembler de prime abord intéressante, elle ne résiste pas à un examen plus sérieux.

Sur la forme déjà, d'un point de vue légal, un service obligatoire pour toutes les citoyennes et tous les citoyens, dans des domaines relevant de la sphère professionnelle, pourrait s'apparenter à du travail forcé, selon le droit international. Mais c'est surtout sur le fond que cette initiative manque son objectif. Sous prétexte de vouloir favoriser un engagement citoyen, elle opte pour la contrainte plutôt que pour l'incitation et vide ainsi de son sens l'engagement bénévole, le transformant en obligation. Comme si la richesse de notre tissu associatif ne suffisait pas à dire la volonté d'engagement collectif qui existe dans notre pays et qu'il fallait y obliger les gens. Autre élément, et pas des moindres: la question de la rémunération. L'obligation dont il est question intervenant en parallèle avec le service militaire – qui est jugé équivalent –, ce seraient principalement les jeunes qui seraient concernés. Comme ils seraient encore en formation ou en début de parcours professionnel, les compensations prévues par la loi seraient donc fatalement faibles; cela déboucherait sur la création de postes de travail sous-payés, qui seraient confiés à des personnes sans qualifications, alors même que nous savons manquer de personnel qualifié dans plusieurs domaines concernés par l'initiative.

Outre la dimension de dumping salarial, un tel dispositif s'inscrirait en contradiction avec la nécessaire valorisation du travail de "care", puisque l'initiative consacrerait la faible rémunération de cette activité pourtant essentielle à la société. Pire, elle servirait de cache-misère à la sous-dotation en personnel dont souffrent nombre d'institutions actives dans le domaine du "care", où les femmes sont prédominantes et souffrent déjà de bas salaires conduisant à des inégalités salariales.

L'obligation visée par l'initiative s'appliquant à toute citoyenne ou citoyen, conduirait donc encore plus de femmes à assumer ces tâches hors de toute rémunération adéquate. Qui plus est, mentionner l'aspect environnemental de cet engagement citoyen, comme le font les initiants, interroge. L'idée d'y engager des jeunes à vil prix laisse craindre que ce domaine d'activité, pourtant crucial, ne devienne le nouveau travail de "care" faute de moyens et de reconnaissance.

Si cette initiative rappelle un peu les corvées de l'Egypte ancienne, on voit qu'au lieu de construire des monuments pour les siècles à venir, elle fragiliserait l'édifice social et pénaliserait la jeunesse du pays en allongeant son cursus de formation ou en retardant son entrée sur le marché du travail.

Pour ces raisons, nous ne soutiendrons pas cette initiative. Toutefois, nous entendons la volonté des initiants



de favoriser l'engagement bénévole, ce qui est en soi une bonne chose. C'est pourquoi nous soutiendrons la proposition de renvoi de la minorité Zryd, qui demande un contre-projet indirect consistant à réduire le temps de travail à 38 heures à salaire égal. Permettant de réduire l'astreinte au travail sans perte de rémunération, un tel contre-projet atteindrait l'objectif d'encourager l'engagement citoyen sans employer la contrainte. Il permettrait de laisser aux gens le libre choix de leur activité bénévole et concernerait toutes les tranches d'âge de la population active. Il aurait aussi le mérite de favoriser la création durable de places de travail, sans réduire, voire même en améliorant, la productivité – comme le montrent de nombreuses études réalisées dans les pays qui ont osé faire le pas – et d'améliorer les conditions de travail en réduisant le stress et la fatigue qui usent nombre de travailleuses et travailleurs. De plus, une réduction du temps de travail avec un salaire égal permettrait une meilleure répartition des tâches au sein d'un couple et reviendrait à valoriser le travail de "care" non rémunéré.

En somme, un tel contre-projet allierait justice sociale – en faisant oeuvre de redistribution des richesses – et liberté individuelle – en laissant le libre choix de l'engagement et de son domaine –, en évitant d'assimiler, une fois encore, travail de "care" et bénévolat. Plus de temps disponible pour vivre ne pourrait être que bénéfique pour notre planète.

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Die Service-citoyen-Initiative klingt auf den ersten Blick nach einem charmanten Gesellschaftsprojekt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen einen Dienst an der Gemeinschaft leisten, sei es im Militär, sei es in einem noch vage definierten Milizdienst. Doch hinter dieser hübschen Fassade verbirgt sich nichts anderes als die Ausweitung eines Zwangsdienstes. Das ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit, eine Bedrohung für freiwilliges Engagement und das Gegenteil echter Gleichstellung. Nein, Solidarität kann man nicht per Gesetz verordnen. Sie erwächst aus freien Stücken, aus der Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, nicht aus einem staatlichen Befehl.

Die Schweiz ist heute schon ein Land des freiwilligen Engagements. 664 Millionen Stunden unbezahlte Arbeit werden jährlich in Vereinen, in der Care-Arbeit, im Umweltschutz verrichtet. Wer behauptet, es brauche erst einen Bürgerdienst, um die Menschen zum gesellschaftlichen Einsatz zu bewegen, lebt in einer seltsamen Blase.

Die Initiative verspricht freie Wahl zwischen Militärdienst und zivilem Engagement. Doch ein genauer Blick in den Initiativtext entlarvt diese Interpretation als falsch: Der Bürgerdienst muss so ausgestaltet sein, dass der Soll-Bestand der Armee gesichert bleibt. Das ist das Gegenteil einer Gleichberechtigung des gesellschaftlichen Engagements, es ist eine Army-first-Politik. Gemessen an der Bevölkerung unterhält die Schweiz jedoch bereits heute das mit Abstand grösste Heer in ganz Europa.

Diese Initiative blockiert Reformen. Die Initiantinnen und Initianten verkaufen den Bürgerdienst als Fortschritt für die Gleichstellung. Doch das Gegenteil ist der Fall. Frauen haben keinen Aufholbedarf beim gesellschaftlichen Engagement. Wir leisten bereits heute den Grossteil unbezahlter Care-Arbeit: im Haushalt, in der Pflege, in der Kindererziehung. Die gesamte unbezahlte Arbeit der Frauen entspricht einem Wert von 242 Milliarden Franken. Die Behauptung, dass Frauen ohne Wehrpflicht keinen Dienst an der Gemeinschaft leisten, ignoriert und entwertet unsere unverzichtbare Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde. Statt diese Arbeit endlich anzuerkennen, wird verlangt, dass Frauen künftig noch einen zusätzlichen Pflichtdienst leisten sollen. Nein, das ist keine Gleichstellung, das ist eine zusätzliche Belastung für jene, die ohnehin schon mehr als genug tragen.

Noch stossender ist, dass diejenigen, die heute den Service citoyen als echte Gleichstellung feiern, zum Teil dieselben sind, die Massnahmen für echte Gleichstellung – nämlich für Lohngleichheit, für bessere Vereinbarkeit, gegen sexualisierte Gewalt oder für die Absicherung unbezahlter Arbeit – ablehnen. Apropos unbezahlte Arbeit: Warum sollte ein Spital eine Pflegekraft mit fairer Entlohnung anstellen, wenn es stattdessen auf billige zwangsverpflichtete Bürgerdienstleistende zurückgreifen kann? Wer glaubt, so gesellschaftliche Probleme lösen zu können, liegt falsch. Es sind gut ausgebildete, anständig bezahlte Fachkräfte, die unseren Sozialstaat stützen, nicht schlecht ausgebildete Pflichtdienstleistende, die für ein Taschengeld arbeiten. Der Bürgerdienst wäre ein Einfallstor für Lohndumping.

Die Initiative ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Sie bedeutet mehr Zwang, mehr Militär und weniger Freiheit. Sie schwächt freiwilliges Engagement, gefährdet Arbeitsplätze und trifft Frauen besonders hart. Ein demokratisches, modernes Land setzt auf freiwilliges Engagement statt auf staatlichen Zwang.

Deshalb empfehle ich die Service-citoyen-Initiative entschieden zur Ablehnung.

**Hässig** Patrick (GL, ZH): Geschätzte Kollegin Schlatter, haben Sie wirklich das Gefühl, dass Zivildienstleistende pflegerische Tätigkeiten ausüben, die sonst Pflegefachpersonen ausüben? Wenn ja: Woher haben Sie



diese Information? Und wenn nein: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es

AB 2025 N 271 / BO 2025 N 271

wichtig ist, die Pflege im Backoffice zu unterstützen, so, wie es Zivildienstleistende heute tun?

**Schlatter** Marionna (G, ZH): Herr Kollege Hässig, schön, dass diese Initiative wenigstens noch einen Freund in diesem Ratssaal hat. Nun gut, es ginge um Zehntausende junger Menschen, die man pro Jahr zusätzlich zu diesem Zwangsdienst verpflichten würde. Wo man diese Zehntausende zusätzlicher Leute unterbringen würde, ist sehr offen. Es geht nicht um die Situation heute, sondern es geht darum, wie man diese Zehntausende Leute in Zukunft unterbringen würde. Wir haben in der Pflege einen Pflegenotstand, wir haben zu wenige Leute, die dort arbeiten. Aus meiner Sicht ist es klar, dass diese Kräfte dort eingesetzt würden.

**Flach** Beat (GL, AG): Diese Initiative hat nicht nur einen Freund hier im Saal, es gibt mehrere, ich bin auch einer davon. Ich bin ein bisschen erstaunt über gewisse Voten, die geäussert wurden und die mich ein bisschen mutlos dünken. Wer etwas nicht will, der sucht nach Gründen, und wer etwas verändern will, der sucht nach Wegen – und diese Initiative hat genau das versucht.

Die Initiative versucht, ein gesellschaftspolitisches, aber auch ein sicherheitspolitisches Thema aufzunehmen, und hat das in einen Verfassungsartikel gegossen. Ob dieser super gut ist, darf man mit Fug und Recht infrage stellen. Aber nicht alle Artikel, die wir in die Verfassung aufgenommen haben, haben tatsächlich das Gütesiegel der super guten Formulierung verdient. Darum darf man diese Initiative auch nicht an diesem Kriterium messen.

Es geht darum, dass man eine Änderung vornimmt, die in meinen Augen mittlerweile einfach angebracht ist. Es geht darum, dass man die Dienstpflicht also nicht mehr allein aufgrund des Geschlechts nur den Männern auferlegt und diese dazu zwingt, sondern dass man die Frauen, die 50 Prozent unserer Gesellschaft ausmachen, auch mit einbezieht, und zwar in einer Art und Weise, wie es der Bericht über die Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems von 2016 bereits aufgezeigt hat. Darin wurde dargelegt, dass es durchaus eine Möglichkeit wäre, das Schweizer Dienstpflichtsystem beispielsweise an das norwegische System anzupassen. In Norwegen gibt es unter den Dienstleistungsempfängern auch einen Primus inter Pares, nämlich die Armee; die Armee kann also zuerst aussuchen, danach kommen die anderen an die Reihe.

Es ist auch eine Frage der Zeit, glaube ich. Wenn man sagt, die Frauen würden schon so viel machen, dann stimmt das, dann ist das richtig. Wieso leisten die Frauen so viel Care-Arbeit und ausserfamiliäre Arbeit? Weil es die Männer nicht tun. Wenn wir Gleichstellung erreichen wollen, müssen wir eben auch dort ansetzen. Wir können nicht einfach zuwarten und zusehen, wie die Katze herumrennt und sich in den Schwanz beisst. Wir müssen diesen Kreislauf irgendwann durchbrechen, und hier bietet sich uns eine Möglichkeit, das zu tun. Wir können in diesem Bereich Gleichstellung erreichen, und wir können damit gleichzeitig den Frauen, die dann Dienst leisten, ein Argument an die Hand geben, damit sie sagen können: "Männer, jetzt müsst ihr mit anpacken."

Wir Grünliberalen sind schon immer für diese Gleichberechtigungsanliegen eingestanden: für eine bessere Aufteilung der Arbeit, für Teilzeitarbeit auch für Männer und für die Möglichkeit von Elternzeit, wie wir das mit der Familienzeit-Initiative anstreben, die wir lanciert haben. Wir wollen diesen Worten auch Taten folgen lassen. Am Ende ist es das Parlament, das die Umsetzung einer solchen Volksinitiative an die Hand nehmen kann. Wir können uns dann über diese Gerechtigkeitsfragen austauschen und überlegen, wie ein solches Dienstpflichtsystem genau ausgestaltet sein soll und wie lange die Dienstzeit dauern soll.

Es gibt auch immer jene, die sagen, die Armee sei etwas komplett anderes. Ich habe selbst in der Armee gedient, wie viele andere hier auch, und ich habe zwanzig Jahre Feuerwehrdienst geleistet, das auch als Offizier, und ich muss Ihnen sagen: Auch in der Armee gibt es durchaus verschiedene Arten von Jobs. Es gibt auch dort "Schoggi-Jobs", und wer einen solchen macht, dem wird genauso viel Dienstzeit angerechnet wie jenen, die keinen "Schoggi-Job" haben. Darum geht diese Diskussion auch etwas an den Fakten vorbei.

Wesentlich scheint mir auch, dass wir vor einer Zeitenwende stehen, was die demografische Entwicklung angeht. Wir haben immer weniger junge Menschen, die ins Berufsleben einsteigen, hingegen werden immer mehr Menschen immer älter. Diese demografische Entwicklung, die alles verändert, wird die Alimentierung der Armee nicht unterstützen. Entsprechend müssen wir auch auf die Ressourcen der Fähigen und Willigen zurückgreifen. Ich habe schon 2017 in einem Postulat mehr Spezialistinnen und Spezialisten in der Armee gefordert, um den zukünftigen Anforderungen zu entsprechen.

Wir müssen aufhören, die Vergangenheit zu verwalten und die vergangenen Krisen und Konflikte aufzubereiten. Wir müssen in die Zukunft schauen. Insbesondere bei der Sicherheitspolitik sprechen wir immer davon,



dass wir in die nächste Geländekammer schauen sollten. Die nächste Geländekammer besteht in meinen Augen in der Gleichberechtigung der Geschlechter in einem Dienstpflichtsystem, das die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme bringt.

Entsprechend bitte ich Sie, die Initiative zu unterstützen. Wir können sie klug umsetzen.

**Heimgartner** Stefanie (V, AG): Die Service-citoyen-Initiative fordert die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für alle Schweizerbürgerinnen und -bürger, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Armee, den Zivildienst und andere gemeinnützige Institutionen zu unterstützen. Doch diese Initiative hat gravierende Schwachstellen und birgt mehr Probleme, als sie Lösungen bietet. Besonders hervorzuheben ist, dass sie das bestehende Alimentierungsproblem der Armee nicht löst, sondern sogar verschärfen könnte.

Die Schweizer Armee hat seit Jahren mit sinkenden Rekrutenzahlen zu kämpfen. Immer weniger junge Männer entscheiden sich für den Militärdienst, und zahlreiche Tauglichkeitsprüfungen führen dazu, dass viele ausgemustert werden. Die Initiative will diese Problematik entschärfen, indem sie mehr Menschen in einen Dienst zwingt. Die Initianten betonen zwar immer, dass der Soll-Bestand der Kriseninterventionsdienste, insbesondere der Armee und des Zivilschutzes, garantiert sei. Der Initiativtext legt aber keine Dauer der Dienstpflicht fest.

Mit der Ausweitung der Dienstpflicht auf Schweizer Frauen ergibt sich eine Verdoppelung der Anzahl Stellungspflichtiger. Wenn man dies für einen Dienstzeitraum von zehn Jahren hochrechnet, würden rund 140 000 Personen Dienst in der Armee, 72 000 Dienst im Zivilschutz und 30 000 Dienst im Zivildienst leisten. 310 000 Personen – mehr als das Doppelte – müssten in neue Gefässe eingeteilt werden; Sie sehen, die Armee und der Zivilschutz stünden nicht an erster Stelle. Das Ganze würde enorme Mehrkosten mit sich bringen. Alleine bei den Erwerb ersatzkosten wäre mit rund 1,6 Milliarden Franken jährlich zu rechnen. Davon entfielen rund 775 Millionen Franken jährlich auf Dienstage, die neu in den Bereichen Gesundheit/Soziales und Umwelt/Natur geleistet würden.

Natürlich gäbe es viele weitere Mehrkosten, zum Beispiel für den Aufwand der Rekrutierung usw. Auch die volkswirtschaftlichen Kosten dürfen nicht vergessen werden. Rund 8 Millionen Dienstage mehr als im heutigen System bedeuten, dass entsprechend mehr Personen der Wirtschaft fehlen und ihr Ausfall kompensiert werden muss. Hier rechnet man mit einem volkswirtschaftlichen Verlust von rund 2,8 Milliarden Franken jährlich.

Schon heute weichen viele Rekruten auf den Zivildienst aus, weil sie den Militärdienst als unattraktiv empfinden. Wenn der Service citoyen eingeführt wird und Frauen sowie mehr Männer eine Alternative zum Militär erhalten, könnte sich dieser Trend verstärken. Die Armee würde also noch mehr Personal verlieren, anstatt mehr zu gewinnen. Für mich würde diese Initiative in einem Jekami enden. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bedeutet ausserdem eine immense organisatorische Belastung für den Staat. Zusätzliche

AB 2025 N 272 / BO 2025 N 272

Behördenstrukturen wären notwendig, um alle Dienstpflichtigen sinnvoll zuzuweisen.

Wir müssen unsere Armee personell und materiell stärken. Eine Lösung für die Alimentierungsprobleme wäre beispielsweise die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, aber sicher nicht die Annahme dieser Initiative. Die Bedingungen für den Wechsel vom Militär- in den Zivildienst sollten überdacht werden, um sicherzustellen, dass nicht aus Bequemlichkeit gewechselt wird.

Eine Minderheit verlangt eine Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten. Konkret soll die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 38 Stunden verkürzt werden. Mit dieser Massnahme sollen Arbeitnehmende mehr Zeit erhalten, um sich freiwillig in die Gesellschaft einzubringen. Eine Verkürzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit würde Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellen. Eine Reduzierung der Arbeitszeit könnte dazu führen, dass mehr Personal eingestellt werden müsste, was zu erheblichen Mehrkosten für Unternehmen führen würde. Bereits heute besteht in vielen Bereichen ein erheblicher Fachkräftemangel, insbesondere in der Pflege, der IT-Branche und im Handwerk. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde diesen Mangel noch weiter verschärfen, da es schlichtweg nicht genug Fachkräfte gibt, um den entstehenden Bedarf zu decken.

Schlussendlich würden solche Massnahmen natürlich auch alles teurer machen – und wer bezahlt es? Klar der Endkunde, und die Leidtragenden wären einmal mehr der Mittelstand und die Familien.

Fazit: Die Service-citoyen-Initiative mag auf den ersten Blick als Lösung für das Alimentierungsproblem der Armee erscheinen, doch in Wirklichkeit verschlimmert sie die Lage. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und einen direkten oder auch indirekten Gegenvorschlag entschieden abzulehnen.

**Nicolet** Jacques (V, VD): Le but de l'initiative populaire "pour une Suisse qui s'engage" – ou initiative service





citoyen – est que toutes les personnes de nationalité suisse accomplissent un service au bénéfice de la collectivité et de l'environnement. Cet engagement citoyen serait à accomplir sous forme de service militaire, par exemple, ou de service de milice équivalent reconnu par la loi. Si je peux reconnaître l'intérêt d'encourager la responsabilité individuelle et collective des citoyens et des citoyennes suisses pour le bien de la société, je reste sceptique sur le résultat sur le terrain de la portée de cette initiative. Dans notre pays, l'engagement milicien fait partie de notre ADN. Lorsque vous êtes élu de votre commune au parlement cantonal ou au Parlement fédéral, vous l'êtes comme milicien. Lorsque vous vous engagez comme sapeur-pompier, à la protection civile ou à l'armée, vous le faites comme milicien.

Or, l'ensemble de ces activités miliciennes sont confrontées aujourd'hui à des difficultés de recrutement. Les raisons sont diverses: manque de temps, manque de motivation, mauvaise perception du système d'engagement milicien, individualisme, et j'en passe. Dès lors, ajouter une filière supplémentaire à l'engagement milicien conduirait à diluer encore plus le potentiel de citoyens engagés, cela au détriment notamment de l'armée et de la protection civile, institutions essentielles à la protection de notre population et à la défense de notre pays. Le nouveau service citoyen éprouverait sérieusement l'armée et la protection civile de leurs effectifs. Avec un grand nombre de personnes astreintes au nouveau service citoyen, sans pour autant accomplir cette obligation au sein de l'armée ou de la protection civile, nous risquons de créer une distorsion de concurrence entre les engagements miliciens qui sont essentiels à la sécurité de notre pays et à la protection de la population, et d'autres engagements citoyens certes louables, mais moins essentiels.

Ce nouveau service citoyen aurait pour conséquence un développement important du nombre de jours de service et de domaines d'engagement, avec d'importantes conséquences sur le marché du travail. Pour les régions transfrontalières, l'attrait d'engager du personnel frontalier, donc non astreint, serait encore renforcé au détriment des employés indigènes. L'introduction d'une obligation d'un service citoyen n'est pas adéquate du point de vue économique. Il nécessiterait deux fois plus de personnes du monde économique sans que les activités répondent directement à un besoin de sécurité avéré.

C'est pour toutes ces raisons que je vous demande de recommander le refus de cette initiative, qui risque de mettre à mort notre système de milice tant salué et envié par bien d'autres nations.

**Gugger** Niklaus-Samuel (M-E, ZH): "Unus pro omnibus, omnes pro uno": So lautet das bekannte Motto unseres Landes. Einer für alle, alle für einen. Leider trifft diese Devise im Milizdienst nur bedingt zu; denn es sind nur einige, die sich für alle einsetzen. Denn heute leistet gerade nur ein Drittel der Jugendlichen einen Dienst, meist im Militär. Der Anteil der Soldatinnen liegt aktuell bei nur 1,6 Prozent. Zwar ist dies eine Steigerung auf mehr als das Doppelte in den letzten fünf Jahren – danke, Frau Bundesrätin Amherd –, aber es ist immer noch weit entfernt vom Ziel der Bundesrätin, wonach der Anteil der Frauen bis 2030 auf 10 Prozent steigen soll.

Diese Realität stellt uns vor eine wichtige Frage. Wie können wir alle Menschen in der Schweiz dazu bringen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren, und das auf eine inklusive, gerechte und zeitgemässe Weise? Die Service-citoyen-Initiative bietet darauf eine Antwort. Sie eröffnet neue Möglichkeiten für alle, sich zu engagieren, sei es als Soldat, als Pflegekraft, im Sozialdienst oder im Umweltschutz. Diese Initiative wandelt den traditionellen, oft als männlich und exklusiv wahrgenommenen Militärdienst in einen universellen Service-citoyen um, der allen zugänglich ist, unabhängig von Geschlecht, Gesundheitsstatus oder Herkunft. Jeder Mensch kann gemäss seinen Fähigkeiten und Stärken einen wertvollen Beitrag leisten. Mit dem Service-citoyen wird echte Inklusion ermöglicht, bei der niemand aussen vor bleibt und jeder einen Teil zum Wohl der Gesellschaft beiträgt – wahrlich nach dem Schweizer Motto "Einer für alle, alle für einen".

Damit werden Grundwerte gefördert, die für unser Land von grosser Bedeutung sind, um dem zunehmenden Individualismus und der Polarisierung entgegenzuwirken. Es geht um eine Mentalität des Dienstes für die Allgemeinheit, die wir kollektiv pflegen sollten. Denn gemeinsames Engagement, sei es im militärischen, zivilen oder umweltbezogenen Bereich, ist nicht nur eine Frage individueller Verantwortung. Es ist vor allem ein Akt der Solidarität, eine konkrete Geste, die unser Engagement für das Wohl anderer widerspiegelt.

Diese Mentalität des Engagements, der Fürsorge und des sozialen Zusammenhalts ist entscheidend in der heutigen Zeit. Es geht um Pflichtbewusstsein, um individuelle und kollektive Verantwortung, was den Milizgedanken stärkt. Heute sind generell weniger Leute bereit, sich längerfristig in der Miliz zu engagieren, was zu operativen Schwierigkeiten bei auf Freiwilligenarbeit basierten Institutionen führt. Wir kennen das bestens aus der Jugendarbeit und aus der Jugendförderung. Die Initiative wertet das Milizengagement in all seinen Formen auf und fördert die Bereitschaft, sich auch weiterhin freiwillig zu engagieren. Wer schon früh für das Gemeinwohl sensibilisiert wird, ist später auch eher bereit, sich weiterhin mit Überzeugung zu engagieren. Ich sehe das bei unseren Kindern.

Was mit dieser Denkweise erreicht werden kann, zeigt auch das Initiativkomitee am eigenen Beispiel. Es ist



kein Zufall, dass gerade diese Initiative dazu geführt hat, einen der grössten Skandale unserer Demokratie aufzudecken: einen weit verbreiteten Betrug bei der Unterschriftensammlung. Die Initianten haben den Betrug und die Verantwortlichen öffentlich gemacht, obwohl das Überleben ihrer eigenen Initiative auf dem Spiel stand. Sie haben das Allgemeinwohl über ihr persönliches Interesse gestellt. Dafür braucht es genau diese Art von Pflichtbewusstsein, und dafür möchte ich den Initiantinnen und Initianten nochmals herzlich danken. Wir von der EVP unterstützen zusammen mit den Jungparteien diese Initiative für einen universellen Bürgerdienst, denn

AB 2025 N 273 / BO 2025 N 273

sie entspricht dem wahren Geist des schweizerischen Milizsystems: einer für alle, alle für einen oder – wie es die Initianten in ihren eigenen Worten sagen – alle für alle.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr  
La séance est levée à 13 h 00*

AB 2025 N 274 / BO 2025 N 274